

AGORA

22. Jahrgang - Ausgabe 2 - 2006

Magazin der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt

Jungen als schwaches Geschlecht?

„Kleine Kerle in Not“, „Böse Buben, kranke Knaben“ – viele Medien sehen Jungen in einer kollektiven Krise. Doch wie sehen diese das selbst? Eine Analyse von Gruppendiskussionen unter Schülern.

► S. 14

NEUE MANNES-BILDER DER SOZIOLOGIE

Gute Sozialarbeit per Mausclick?

Der Sozialbereich hat sich zu einem Wirtschaftszweig mit großem Potenzial entwickelt. Im Zuge einer betriebswirtschaftlichen Professionalisierung kommt verstärkt Informationstechnologie Einsatz.

► S. 19

Vom Infomangel zum Infoüberfluss

Medien spiegeln den gesellschaftlichen Wandel wider und prägen diesen gleichzeitig mit. Die rasante Zunahme der Medienangebote fordert sowohl die Nutzer als auch die Medienmacher heraus.

► S. 21

Zufriedenheit als Lippenbekenntnis?

Kundenzufriedenheit wird meist als wichtiges Unternehmensziel gesehen und entsprechend erfasst. Doch die gewonnenen Erkenntnisse werden in vielen Firmen nicht systematisch umgesetzt.

► S. 24

Eine Reise zu den anderen

Die kulturelle Differenz von Gastgebern und Gästen macht Ethnotourismus attraktiv. Ethnizität jenseits von Folklore bietet indigenen Gruppen in Chile die Möglichkeit zur Teilhabe am Tourismusmarkt.

► S. 26



GOD BLESS AMERICA – POLITIK UND RELIGION IN DEN USA

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

Die Deutschen, und sie nicht allein, besitzen die Gabe, die Wissenschaften unzugänglich zu machen“, soll Johann Wolfgang von Goethe einmal gesagt haben. Böse Zungen fügen vielleicht hinzu, dass die Wissenschaften nicht nur unzugänglich, sondern bezogen auf ihre Forschungsgegenstände gelegentlich auch unzulänglich sind. Beide Vorwürfe versuchen wir mit dieser Ausgabe unserer Universitätszeitschrift, die Sie gerade in Händen halten, wieder einmal zu entkräften. Dabei soll der Begriff „Agora“, der in der Antike einen vom freiem Austausch und breitem Angebot geprägten Markt- und Versammlungsplatz bezeichnete, wie gewohnt Leitidee sein.

Wissenschaft soll sich nicht als Selbstzweck begreifen, sondern Erkenntnisse zu Tage fördern, die auch jenseits der Hochschulen etwas bewirken und gelegentlich auch mit Klischees aufräumen. So erscheint die Frage „Wann ist ein Mann ein Mann?“, die in der Titelseite dieses Heftes gestellt wird, auf den ersten Blick überflüssig bzw. eher als ein Thema, welches sich für den Boulevard-Teil von Tageszeitungen eignet. Die nähere Untersuchung dieser Frage erbrachte jedoch neue Erkenntnisse in zweierlei Hinsicht: Zum einen aus der fachlichen Perspektive der Soziologie, die Männer bisher als Norm definierte, ohne die Akteure selbst eingehend zu untersuchen; zum anderen bezogen auf die seit langem schwelende Diskussion um die sinkende Ge-

bührenrate in Deutschland und die Frage „Warum bekommen deutsche Frauen keine Kinder mehr?“. Unsere Wissenschaftler ergänzen die öffentliche Debatte um die gleichberechtigt zu stellenden Frage „Warum wollen deutsche Männer erst so spät (und vielleicht zu spät) Kinder, und was kann man dagegen tun?“.



Fremd- und Selbstwahrnehmung sind in diesem Heft auch Thema bezogen auf eine ganze Nation: Die USA erscheinen Beobachtern diesseits des Atlantiks vertraut und fremd zugleich – nicht zuletzt durch eine scheinbare Vermischung von Politik und Religion. Einen differenzierteren Blick erhalten Sie zu diesem Thema ab Seite 16.

Schließlich sei in diesen beispielhaften Leseempfehlungen noch verwiesen auf die traditionell gute und fruchtbare Zusammenarbeit zwischen der Stadt Eichstätt und der KU, in die Sie auf Seite 10 Einblick erhalten. Deutsche und internationale Künstler sind regelmäßig zu Gast in der Lithographie-Werkstatt Eichstätt, um vor Ort dem hiesigen Naturstein einmalige Kreationen zu entlocken. Unsere Universitätsbibliothek betreut die künstlerischen Ergebnisse und vermittelt sie der Öffentlichkeit weiter.

Ich bin sicher, dass diese *Agora* für Sie wieder anregende Lektüre sein wird.
Ihr
Prof. Dr. Ruprecht Wimmer

NACHRICHTEN 5

Lithographien in der Bibliothek 10
Der Naturstein lockt internationale Künstler nach Eichstätt

FORSCHUNG

TITELTHEMA

Neue Manns-Bilder der Soziologie 11
Wie definiert sich ein Mann als Mann? Und welche Eigenschaften zeichnen Männer nach Ansicht von Frauen aus?

Jungen als schwaches Geschlecht? 14
Viele Medien sehen Jungen in einer kollektiven Krise. Doch wie sehen das die „Betroffenen“ selbst?

Politik und Religion in den USA 16
Über die amerikanische „Zivilreligion“ und Religion im konfessionellen Sinn.

Gute Sozialarbeit per Mausclick? 19
Das neue Fachgebiet Sozialinformatik an der KU.

Vom Infomangel zum Infoüberfluss 21
Medien spiegeln den gesellschaftlichen Wandel wider und prägen diesen gleichzeitig mit. Ein Blick zurück nach vorn.

Zufriedenheit als Lippenbekenntnis? 24
Zufriedene Kunden werden in der Regel als wichtiges Firmenziel gesehen. Doch es hapert an der systematischen Umsetzung.

Eine Reise zu den anderen 26
Ethnotourismus bietet indigenen Gruppen in Chile Möglichkeiten, um am globalen Tourismusmarkt zu partizipieren.

BÜCHER & PERSONEN 28

AGORA ist das Magazin der KU und erscheint ein Mal pro Semester. Sie kann kostenlos bezogen werden.

Herausgeber

Der Präsident der Katholischen Universität,
Prof. Dr. Ruprecht Wimmer

Redaktion & Layout

Constantin Schulte Strathaus, Presse- und Öffentlichkeitsreferat der KU,
85071 Eichstätt,
Telefon 08421/93-1594 oder -1248,
Fax: 08421/93-1788
Mail: pressestelle@ku-eichstaett.de
Internet: www.ku-eichstaett.de

Druck

Druckhaus Kastner, Wolnzach,
gedruckt auf Recyclingpapier
Auflage: 7.000

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Der Nachdruck von Beiträgen ist mit Quellenangabe gestattet. Belegexemplar erbeten.
ISSN 0177-9265

Leserbriefe

Leserbriefe sind willkommen. Die Redaktion behält sich vor, diese gekürzt zu veröffentlichen.

Senat der KU verabschiedet Satzung für Studienbeiträge

Eine Satzung für die Erhebung und Verwendung von Studienbeiträgen hat der Senat der KU Mitte Juli verabschiedet. Demnach wird die KU zum Sommersemester 2007 erstmals Studienbeiträge in Höhe von 500 Euro pro Semester erheben. Unter Mitwirkung des studentischen Konvents hatte eine Arbeitsgruppe unter Vorsitz des KU-Kanzlers Dr. Gottfried Freiherr von der Heydte einen Entwurf der Satzung verfasst, der dem Senat vorgelegt wurde. „Die Arbeitsgruppe hatte zwei Ziele: Zum einen die möglichst intensive Beteiligung der Studierenden bei der Vergabe der Mittel, um Transparenz herzustellen. Schließlich sind es die Studierenden, die uns Geld zur Verbesserung der Studienbedingungen zur Verfügung stellen. Zum anderen eine Verteilung der Mittel, die sowohl zentrale Angelegenheiten berücksichtigt als auch den Fakultäten Gestaltungsspielraum lässt“, erklärte von der Heydte.

Nach Abzug der Verwaltungskosten und Einlagen für einen Sicherungsfonds, den das Bayerische Hochschulgesetz vorsieht, fließt rund ein Drittel der verbleibenden Mittel in zentrale Maßnahmen wie zum Beispiel Sprachkurse, Bibliotheks- oder technische Hörsaal Ausstattung. Vorschläge dazu können vom Studentischen Sprecherrat und den Zentralen Einrichtungen eingereicht werden, über die Verwendung entscheidet die Hochschulleitung zusammen mit dem Studentischen Sprecherrat.

Die übrigen Mittel werden zu 65 Prozent abhängig von der Studierendenzahl auf die Fakultäten aufgeteilt, über die Verwendung entscheidet der Fakultätsrat gemeinsam mit den jeweiligen studentischen Vertretern. Die restlichen 35 Prozent erhalten die Fakultäten unabhängig von der Studierendenzahl aufgrund von Anträgen, über deren Bewilligung Hochschulleitung und Studentischer Sprecherrat entscheiden. Fakultäten

und Hochschulleitung müssen dem Studentischen Konvent jährlich Rechenschaft über die Mittelverwendung ablegen.

Das Bayerische Hochschulgesetz sieht die Befreiung von Studienbeiträgen unter anderem für Studierende mit Kind vor, sofern der Nachwuchs nicht älter als 10 Jahre alt ist. Die KU geht noch einen Schritt weiter und befreit als Familiengerechte Hochschule studierende Mütter und Väter von der Zahlung, solange die Kinder noch nicht 15 Jahre alt sind. Wer sich mindestens zwei Semester als gewähltes Mitglied eines Universitätsgremiums engagiert, muss für diese Zeit keine Beiträge zahlen; wer ein Jahr lang gemeinnützige Dienste (wie etwa das freiwillige soziale Jahr) geleistet hat, kann für zwei Semester eine Befreiung von Studienbeiträgen beantragen. Auch Studierende, die Begabtenförderung erhalten oder einem Orden angehören, müssen keine Beiträge leisten.

„Westen vermittelt ein hässliches Gesicht von Demokratie“

Bomben auf Beirut, Raketen auf Haifa und erneuter Streit um das iranische Atomprogramm – die politische Lage im Nahen Osten hätte kaum brisanter sein können, um an der KU Professor Udo Steinbach im Juli als renommierten Islam-Experten zu Wort kommen zu lassen. Vor zahlreichem Publikum referierte der Direktor des Deutschen Orient-Instituts im Rahmen des Eichstätter Geographischen Kolloquiums und des Studium Generale „Christliche Impulse der Europäischen Moderne“ über „Das andere Arabien – zwischen Modernisierung und Selbstbehauptung“.

Nicht nur bezogen auf die aktuelle Entwicklung in Israel und dem Libanon sprach Steinbach von einem seit Jahrzehnten wiederkehrenden Deja-Vu-Erlebnis. „Die westliche Politik hat stets ihren Teil zum Problem beigetragen und Blockadehaltungen in der islamischen Welt erzeugt“, so Steinbach. Der Westen habe einerseits konservative Islamisten, die eine kritische Durchleuchtung von innen nicht zuließen, hingegenommen, solange der Zugang zum Öl gewährleistet

gewesen sei. Gleichzeitig diktiere man andererseits von einem hohen Podest aus und wundere sich dann über die Reaktionen. Dabei sei der Wille, in die Moderne zu gehen, zwischen Marokko und dem Persischen Golf vorhanden.

Doch welcher Weg zu Demokratie und Menschenrechten solle eingeschlagen werden? „Etwa jener, den die USA im Irak gewählt haben?“, fragte Steinbach. Die Menschen seien bereit, mit dem Stimmzettel ihr Schicksal in die Hand zu nehmen. „Doch anscheinend dürfen sie nur wählen, was uns gefällt. Die Palästinenser haben sich für die Demokratie entschieden und gewählt – nur eben eine islamistische Partei. Als Reaktion darauf wurde die neue Regierung vom Westen finanziell ausgehungert“, so Steinbach. Dabei dürfe man nicht vergessen, dass auch Israel von Extremisten geführt worden sei, die der Meinung waren, dass die Palästinenser nicht dort hingehörten, wo sie seien. „Der Westen vermittelt derzeit ein äußerst hässliches Gesicht von Demokratie und spielt deren Gegnern selbst in die Hände. Demo-



SCHULTE STRATHAUS

kratie wird eher als Mittel zur Durchsetzung westlicher Herrschaftsansprüche empfunden.“ Die Stimmen für eine Modernisierung in der islamischen Welt seien jedoch vielfältig. So stellten iranische Philosophen heute ganz offen die Frage, wie Religion und Moderne zusammengebracht werden könnten. Solange man von Seiten des Westens jedoch dem Wort Demokratie keinen Klang verleihe, würden es deren Befürworter weiterhin schwer haben.

RÜCKBLICK

BIER ALS KUNSTOBJEKT

Unter dem Motto "Bier Ernste Kunst" widmen sich Kunststudierende der Katholischen Universität in vielfältiger Weise dem Thema Bier auf Initiative der ehemals fürstbischöflichen Brauerei Gutmann. Das Ergebnis ist noch bis voraussichtlich Ende Oktober im Wirtshaus zum Gutmann (Am Graben 36, Eichstätt) zu sehen. Entstanden sind Siebdrucke, Collagen und Acrylbilder, die das bayerische Nationalgetränk im weitesten Sinne als Nahrung für bildnerische Phantasien interpretieren. So reichen die Bildwerke von einer Hommage auf Hopfen und Reinheitsgebot bis hin zu bedruckten Bierdeckeln und persiflierenden Collagen.

„RAPID MATHE“ KICKT SICH AUF 3. PLATZ

Zum mittlerweile fünften Mal fanden heuer in Trier die deutschen Fußball-Meisterschaften der Mathematik-Fachschaften (kurz: DFM) statt. Das Turnier wurde seinerzeit von Mainzer Mathematik-Studenten gegründet und wird seitdem jährlich vom jeweiligen Vorjahressieger ausgerichtet. Erstmals nahm auch „Rapid Mathe“, so der Name der Mathematik-Mannschaft der KU, an diesem Turnier teil. Nach einer durchwachsenen Vorrunde, trumpfte die Eichstätter Truppe im Achtelfinale groß auf und bezwang die favorisierte Mannschaft aus Essen. Nach einem weiteren Sieg über Chemnitz war im Halbfinale leider Endstation gegen den späteren Sieger „Sturm Gauß“, der neu formierten zweiten Trierer Mannschaft. Im Spiel um die „goldene Ananas“ wurden nochmals alle Kräfte mobilisiert und der Vorjahressieger „Magic Eulers“ verdient 1:0 geschlagen. Somit wurden die Eichstätter Mathematiker letztlich Dritter von insgesamt 22 teilnehmenden Mannschaften aus ganz Deutschland. Hinter sich ließen sie die Teams von mehreren größeren Universitäten wie Hamburg oder Berlin.

25 Jahre Arbeitskreis Shalom



SCHULTE STRATHAUS

Studierende der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt gründeten 1981 den „Arbeitskreis Shalom für Gerechtigkeit und Frieden“. Ziel des AK Shalom ist die Wahrung von Menschenrechten und des weltweite Friedens. Jedes Jahr rückt dabei thematisch ein Land oder eine Region in den Mittelpunkt des Interesses. Höhepunkt des Engagements ist die jährliche Vergabe des Shalompreises, der mit über 10 000 Euro Preisgeld einer der höchstdotierten Menschenrechtspreise Deutschlands darstellt. Mit dem Preis, der dank zahlreicher Spenden von Privatpersonen und Institutionen verliehen werden kann, werden Einzelpersonen oder Gruppen ausgezeichnet. Das Preisgeld

fließt direkt in ein oder mehrere Projekte, welche die Preisträger vorschlagen und über die sie regelmäßig berichten. Das Engagement des Arbeitskreises stützt sich primär auf die ehrenamtliche Tätigkeit von Studierenden, welche die Menschenrechtsarbeit

in den vergangenen Jahrzehnten trotz wechselnder Besetzung aufrechterhalten konnten. Anlässlich des 25-jährigen Bestehens waren Sonja Wassermann (Europastudien-gang), Johanna Harendza (Lehramt Deutsch Gymnasium), Margit Stein (Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Sozialpädagogik) sowie Joanna Lang zu Gast bei KU-Präsident Professor Ruprecht Wimmer, um über die aktuelle Arbeit des Arbeitskreises zu berichten. Bei den Preisträgern dieses Jahres („Women and Development Project (WaDeP)“ sowie die „Ark Foundation Ghana“) handelt es sich um zwei Projekte, die sich für die Rechte der Frauen in Ghana einsetzen.

Geographen gründen Alumni-Verein

Die Vernetzung von Geographie-Absolventen der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt (KU) mit Professoren, wissenschaftlichen Mitarbeitern und Studierenden hat sich der vor kurzem neu gegründete Verein „AGE – Alumni Geographie Eichstätt“ auf die Fahnen geschrieben. Prominente Unterstützung bekommt der Verein dabei von Baden-Württembergs Wissenschaftsminister Peter Frankenberg, der an der KU von 1983 bis 1986 Professor für Physische Geographie war und nun Schirmherr von AGE ist.

Die Kommunikation und Zusammenarbeit von Alumni mit den Professoren und Mitarbeitern soll ihren Teil dazu beitragen, dass der Verein für die Geographie im Altmühltal eine beiderseitige Bereicherung darstellt. Nicht zu kurz kommen soll

aber auch der Faktor Geselligkeit: Unter den etwa 20 Ehemaligen, die sich zur Gründung ihres Vereins trafen, gab es so manch freudiges Wiedersehen. Viele hatten schon lange darauf gewartet, Studienkollegen und ehemalige Professoren wieder zu sehen. Dazu werden sie zukünftig öfter Gelegenheit haben: Einmal im Jahr wollen sich die Vereinsmitglieder treffen, nicht nur zum wissenschaftlichen und beruflichen Austausch. Verantwortlich für die Führung des Vereins sind für die nächsten drei Jahre Frank-Ulrich John und Kornelia Hüttner als Vorsitzende, Dr. Gunther Mayer-Leixner und Florian Bauhuber als stellvertretende Vorsitzende, Jens Oellrich als Kassenwart, Christian Hainzinger als Schriftführer und Dr. Nicolai Scherle als ortsgebundener Beirat.

In den Wilden Westen mit der Kinderuni

Mit der bereits dritten gemeinsamen Kinderuni öffnen sich ab 17. Oktober wieder die Hörsäle der KU und der Fachhochschule Ingolstadt für wissensdurstige Schülerinnen und Schüler aus der Region. Über sechs Wochen verteilt geben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler spannende Einblicke in ihre Forschungsgebiete und stehen den Kindern Rede und Antwort. Auf dem Stundenplan stehen die Themen „Wie fliegen oder fahren wir in Zukunft?“, „Wo geht's zum Wilden Westen?“, „Wie kommt man aus dem Rollstuhl?“, „Gibt es farbige Töne?“, „Wie hat sich das Geld entwickelt und wozu braucht man es?“ sowie „Warum können manche Menschen nicht richtig lesen und schreiben?“. Die Veranstaltungen beginnen jeweils dienstags um 16.15 Uhr, die sechs Vorlesungen werden sowohl in Eichstätt als auch Ingol-

stadt angeboten. Teilnehmen können Kinder der vierten bis sechsten Klasse. Wie für die erwachsenen Kommilitonen auch gibt es Studentenausweise, die für die gesamte Kinderuni gültig sind und auf denen der Besuch der Vorlesungen vermerkt wird. Wer mindestens fünf Vorlesungen besucht hat, bekommt zum Schluss das Kinderuni-Diplom verliehen. Kostenlose Studentenausweise gibt es ab 4. Oktober an folgenden Stellen:

Für die Kinderuni in Eichstätt: Pforte der KU (Sommerresidenz), Ostenstraße 26, Eichstätt (montags bis donnerstags 7-18 Uhr, freitags 7-12 Uhr). Für die Kinderuni in Ingolstadt: Bibliothek der Fachhochschule Ingolstadt, Esplanade 10, Ingolstadt (montags bis freitags 11-18 Uhr)

www.ku-eichstaett.de/kinderuni

Unitas Frankonia Eichstätt neuer Verbandsvorort

Der katholische Studentenverein Unitas Frankonia Eichstätt übernimmt für ein Jahr die Repräsentanz und Leitung des Unitas-Verbandes. Der neue Vorortspräsident Christian Schmidt stellte bei der Vorortsübergabe im Festsaal der Universität die Leitlinie vor: „e pluribus Unitas“ – „Die Einheit aus vielen“ spiegele genau das wider, was die Frankonia ausmache, sagte Schmidt in seiner Ansprache. Nun wolle er als Vorortspräsident dieses Prinzip auf die Verbandsarbeit übertragen. Nach der Übergabe der Verbandsstandarte feierten die Unitarier im Eichstätter Dom mit Bundesbruder Domdekan Klaus Schimmöller einen Gottesdienst. Die Unitas besteht seit 1855. Sie ist der älteste deutsche Dachverband für katholische Studentenverbindungen mit derzeit knapp 5000 Mitgliedern.

Industrie und Tourismus aus Perspektive der Politik

In der Vergangenheit standen sich Tourismus und Industrie lange Zeit als zwei nur schwer miteinander zu vereinbarende Phänomene gegenüber. Zunehmend bietet die Verknüpfung von Industrie und Tourismus durchaus ein interessantes Potenzial, insbesondere für das Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum der Bundesrepublik Deutschland. Dies ließ der Tourismusbeauftragte der Deutschen Bundesregierung, Ernst Hinsken (MdB), anlässlich des „Kompetenzforum Bayern 2006 - 17. Eichstätter Tourismusgespräche“ am 11. Mai 2006 in Eichstätt in seinem Eingangsstatement anklängen.

Ernst Hinsken (links im Bild zusammen mit Professor Harald Pechlaner) verdeutlichte diesen durchaus komplexen Zusammenhang anhand dreier Aspekte: Tourismuspolitik sei zugleich Industrie- und Wirtschaftspolitik, da der Tourismus wie kaum ein anderer Wirtschaftszweig noch immer ein dynamisches Wachstum verzeichne und daher „zu Recht als Leitökonomie der Zukunft bezeichnet werden kann“. Getragen von vor allem klein- und mittelständischen Unternehmen sei der Tourismus Mo-

tor für Beschäftigung und Ausbildung und biete laut einer Studie in den nächsten zehn Jahren Chancen für 300.000 neue, attraktive Arbeitsplätze. Die Attraktivität beruhe dabei nicht zuletzt auf der Vielfalt und Zukunftsfähigkeit touristischer Kernbereiche, bspw. dem Gesundheitstourismus, dem Kultur- und Städtetourismus sowie dem Industrietourismus. Letzterer basiere auf Deutschlands Industriekultur und Industriegeschichte, die auf Touristen einen zunehmend größeren Reiz ausübt. Gepaart mit kulturellen Angeboten können so ehemals touristisch unattraktive Regionen wie das Ruhrgebiet zu neuen Ehren gelangen.

Die gelungene Symbiose aus Industrie und Tourismus zeige sich schließlich auch im Geschäftstourismus als einem weiteren bedeutenden touristischen Bereich, der vor allem durch die Wirtschaftskraft



Deutschlands im Export profitiere. So sei Deutschland weltweit Messestandort Nummer eins und rangiere beim Tagungs- und Kongresstourismus hinter den USA auf Platz zwei.

Um das touristische Potenzial und wirtschaftliche Gewicht voll ausschöpfen zu können, bedürfe es jedoch einer besseren Koordination der zahlreichen touristischen Themenfelder und Akteure. Nicht zuletzt aufgrund des Querschnittscharakters des Tourismus müsse Tourismuspolitik daher gleichzeitig immer auch standort- und wirtschaftspolitische Überlegungen einbeziehen.

Vorstand der Fachbereiche für Soziale Arbeit bei Müntefering



Im Berliner Amtssitz von Franz Müntefering, Bundesminister für Arbeit und Soziales, traf sich der Vorstand des deutschen Fachbereichstages Soziale Arbeit mit dem Vizekanzler und Ministerialbeamten, um über aktuelle Entwicklungen der Sozialen Arbeit zu sprechen. Müntefering nahm dabei den Qualifikationsrahmen für die Soziale Arbeit entgegen, der kürzlich von den rund 70 Fachbereichen für Soziale Arbeit an deutschen Hochschulen verabschiedet worden war. Der Qualifikationsrahmen beschreibt, welches Wissen und welches Können ein Absolvent erworben haben soll, wenn er die Universität verlässt oder ein weiteres Studium anschließt. Müntefering sagte zu, im nächsten Jahr auf dem Fachbereichstag in Köln mit einer Grundsatzrede zur Entwicklung der Sozialen Arbeit an der Diskussion der Dekaninnen und Dekane teilzunehmen. Im Gespräch wurde deutlich, dass es gerade im sozialen Bereich Innovation und Entwicklung durch forschende Kooperation zwischen Hochschulen und sozialen Unternehmen geben müsse. Die Möglichkeiten einer Verbesserung der Förderung durch den Bund sollte geprüft werden. Überlegenswert erschiene die Einrichtung von Technologiezentren für Soziale Arbeit. Die Ziele Technologieentwicklung und Innovation dürften in der Bundesrepublik nicht nur auf industrielle Bereiche beschränkt sein. Der Vizekanzler kündigte an, die Entwicklung des Arbeitsmarktes im sozialen Bereich genauer zu prüfen und sprach sich für eine Fortsetzung des Gespräches aus.

Zuvor hatte der Vorsitzende des Fachbereichstages, Ulrich Bartosch (Dekan der Fakultät für Soziale Arbeit an der KU) die Sorge formuliert, dass Lehre, Forschung und Entwicklung in der Sozialen Arbeit immer weniger Aufmerksamkeit durch Politik und Gesellschaft erhielten. Ein bedrohliches Indiz sieht Bartosch mit seinen Vorstandskollegen im Ausschluss der sozialen Fachbereiche aus dem „FH 3-Programm“ des Bundesforschungsministeriums. Dieses einzige relevante Forschungsförderungsprogramm des Bundes für Forschung und Entwicklung an den Fachhochschulen sei heute nur noch technischen und wirtschaftswissenschaftlichen Fachbereichen vorbehalten. Die Entwicklungs- und Innovationspotentiale für den Sozialen Bereich würden so nicht genutzt, was angesichts der Problemlagen in Deutschland mit Blick auf eine „organisierte Solidarität“ (Müntefering) und die nötige Erhaltung des Sozialen Friedens unverantwortlich sei.

„Umfragehörigkeit“ verzerrte Wahlkampfberichterstattung

Die Fernsehnachrichten haben die Berichterstattung über den Bundestagswahlkampf 2005 nicht manipuliert, aber sie haben sie stark verzerrt. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie, die am Studiengang Journalistik der KU unter Leitung des Kommunikationswissenschaftlers Professor Ralf Hohlfeld durchgeführt wurde. Schuld an der Verzerrung sei eine weit verbreitete „Umfragehörigkeit“ unter politischen Journalisten in Deutschland. „Die Nachrichtensendungen haben sich bei der Bundestagswahl vor Jahresfrist nicht auf politische Sachthemen konzentriert, sondern über weite Strecken Meinungsumfragejournalismus betrieben“, sagt Hohlfeld.

In der Medienberichterstattung habe es keinen Kanzlerbonus für Gerhard Schröder gegeben; den Oppositionsparteien sei in den Fernsehnachrichtensendungen deutlich mehr Raum zur politischen Darstellung gegeben worden. „Dennoch bestätigte sich der von Schröder am Wahlabend erhobene massive Vorwurf nicht, Fernsehen und Presse hätten planmäßig gegen eine weitere Amtszeit des Kanzlers und die damalige rot-grüne Regierung gearbeitet“, so Hohlfeld.

Auch wenn es keine Medienmanipulation gegeben habe, dürfte die von Ex-Kanzler Schröder angeprangerte Medienmacht einen starken Einfluss auf die Wahlentscheidung gehabt haben. Viele Journalisten seien in Nachrichtensendungen und -magazinen als politische Experten aufgetreten und hätten diese Foren genutzt, um selbst Politik zu machen und um konkrete Wahlempfehlungen auszusprechen. Das regierungskritische Lager habe in der journalistischen Wahlkampfkommentierung ein deutliches Übergewicht gehabt.

Hauptgrund für die verzerrte Berichterstattung sei aber die übergroße Konzentration auf die demoskopische Sonntagsfrage. Die politische Berichterstattung werde immer unpolitischer, weil es im Vorfeld von Wahlen kaum noch um die Vermittlung von Sachpolitik und politischen Programmen gehe, sondern nur noch um den Kampf um Prozentpunkte, das Rennen um die Wählergunst: ZDF-Politbarometer, ARD-deutschlandtrend und RTL-Wahlrend lieferten die Vorlagen für ein immer enger werdendes Zusammenspiel von Medien und Wahlforschung, so dass die abgefragten Wahlabsichten zur eigentlichen Politik geworden seien. „Die Folge ist eine so genannte Horse-Race-Berichterstattung: Politik wird verkürzt auf Zahlen, und politischer Journalismus verkommt zum Wettkampffjournalismus, der komplexe gesellschaftliche Themen, Meinungen und Stimmungen auf das Niveau von Sporttabellen und Ergebnistafeln absenkt“, erklärt Hohlfeld.



Wintervortragsreihe: Mythen des Barock

Die antiken Mythen sind durch das Christentum teils als heidnisch abgedrängt, teils durch allegorische Interpretation ihrem alten Kontext entwendet und assimiliert worden. Gleichwohl wurden damit doch nicht jene mythenbildenden Energien stillgestellt, die zu allen Zeiten die aktuellen Hoffnungen, Wünsche, Ängste und Konflikte der Menschen in Figuren und Geschichten projizieren und als solche durcharbeiten. Dass das Christentum die altererbten Figuren und Geschichten als „heidnisch“ unter Verdacht stellte, ließ in der Folge die unerschöpfliche Eigenständigkeit solcher Mythenbildung sogar besonders deutlich hervortreten.

Die Wintervortragsreihe verfolgt seit 2002 die Bildung derartiger neuer Figuren der kollektiven Imagination. Chronologisch ausgehend von der Antike ist die Reihe in diesem Semester im Zeitalter von Barock und Aufklärung angekommen. Insgesamt elf Referenten werden sich mit verschiedenen Mythen beschäftigen: Die Reihe beginnt am 9. November mit einem Vortrag von Bernhard R.

Koerner über „Das Bild Gustav Adolfs im Dreißigjährigen Krieg – Vom Löwen aus Mitternacht zum schwedischen Herkules“. Franz Matsche referiert eine Woche später zu „Johannes von Nepomuk. Vom politischen Mordopfer zum barocken Musterheiligen“. Alexei Rybakov befasst sich am 23. November mit Katharina der Großen „Eine Herrscherin zwischen Aufklärung und Despotie“. Das Thema von Ulrich Heinen lautet am 30. November „Aeneas. Der Mythos vom Friedenskrieger im 17. Jahrhundert“. Verena Dolle stellt am 7. Dezember Hernán Cortés als Eroberer Mexikos vor. Mit dem Glanz des einsamen Helden Robinson Crusoe beschäftigt sich Oliver Lindner am 14. Dezember. „James Cook als Heros der Aufklärung“ ist Thema des Vortrags von Karl-Heinz Kohl am 11. Januar 2007. Weitere Vorträge der Reihe finden sich im Internet unter

www.ku-eichstaett.de/winter

Die einzelnen Vorträge beginnen jeweils um 18.15 Uhr im Raum 201 der Kollegiengebäudes I/Bau A.

Die Wörter des mittelalterlichen Rechts

Im Rahmen der „Würzburger Forschergruppe“ wurde von 1973 bis 1984 die Edition eines wirkungsmächtigen mittelalterlichen Rechtsbuches erarbeitet, der „Rechtssumme“. Ein Dominikaner namens Berthold hat das umfangliche Buch im 14. Jahrhundert als Übersetzung und Umarbeitung der verbreiteten lateinischen Summa Johannis geschaffen. 125 mittelalterliche Abschriften des Werkes mussten Zeile für Zeile verglichen, ausgewertet und auf ihre Nutzbarkeit für die Ausgabe untersucht werden. Ohne umfangreiche Fördermittel der DFG über 12 Jahre hinweg wären diese Untersuchungen der Forschergruppe nicht möglich gewesen. Am Ende stand eine vierbändige Ausgabe, die nicht den verlorenen Originaltext Bertholds, sondern dessen Bearbeitungen durch spätere Redaktoren im mehrspaltigen Paralleltext bietet. Die Präsentation des Textes allein war indes für eine erschöpfende wissenschaftliche Nutzung nicht hinrei-

chend. Das Werk musste auch von seinen Quellen her erschlossen werden. Erneut mit Hilfe von DFG-Mitteln konnte 1991 der Quellenkommentar vorgelegt werden. Den Zugang zum Text von den Einzelwörtern her, die als Rechtsbegriffe ja einen wichtigen Spezialwortschatz in der Entwicklung der deutschen Sprache repräsentieren, war systematisch nicht möglich. Für die Finanzierung der Wörterbuch-Erarbeitung konnte der Berliner Unternehmer Dr. Hans-Jörg Leuchte gewonnen werden. Er ist selbst promovierter Jurist, passionierter Handschriftensammler und ausgewiesener Rechtshistoriker. Nun konnte Professor Georg Steer ihm das Resultat überreicht werden: Zwei gewichtige Bände, die den Wortschatz dieses wichtigen Zeugnisses spätmittelalterlichen Rechtsdenkens für die wissenschaftliche Benutzung durch Juristen, Historiker, Theologen, Sprachwissenschaftler und alle anderen interessierten Disziplinen erschließen.

AUSSTELLUNG „FACETTEN RÜCKERTS“

Noch bis 30. November gibt die Ausstellung „Facetten Rückerts“ in der Staats- und Seminarbibliothek (Hofgarten 1, Eichstätt) einen kompakten Einblick in das Werk des Dichters und Orientalisten Friedrich Rückert (1788-1866). Rückert gehört zu den außergewöhnlichen Erscheinungen der deutschen Literatur. Neben seinem umfangreichen eigenen Werk hat er zahllose Übersetzungen aus mehr als 30 Sprachen hinterlassen und dem deutschen Publikum die Literatur des Orients näher gebracht. Während Goethe bezogen auf den Islam und persische Literatur noch auf Übersetzer angewiesen war, konnten sich Friedrich Schlegel (1772-1829) Friedrich Rückert weltliche und heilige Schriften des indischen und islamischen Kulturraums im Urtext erschließen und diese bewusst in Literatur um- und einsetzen. Die Ausstellung wurde konzipiert aus Anlass der Tagung „Von Lessing über Rückert bis Thomas Mann – Die Weltreligionen und die deutsche Literatur“, die vom 5. bis 7. Oktober an der KU stattfand. Die „Facetten Rückerts“ sind zu sehen montags bis freitags von 8.30 Uhr bis 17 Uhr.

BALL DER UNIVERSITÄT

Am 16. November können Studierende, Mitarbeiter und Professoren der KU wieder übers Tanzparkett schweben – um 20 Uhr beginnt der traditionelle Ball der Universität im Alten Stadttheater Eichstätt. Der Beginn des Karten-Vorverkaufs wird noch bekanntgegeben.

VERANSTALTUNGSKALENDER

Alle öffentlichen Veranstaltungen der KU sowie Tagungen finden sich im laufend aktualisierten Veranstaltungskalender im Internet unter www.ku-eichstaett.de.



Lithographien in der Bibliothek

Der Naturstein lockt nicht nur Touristen, sondern auch Künstler ins Altmühltal, die in der Lithographie-Werkstatt Eichstätt arbeiten. Die Universitätsbibliothek archiviert deren Werke und macht sie der Öffentlichkeit zugänglich.

► Von Michael Kleinherne

Mittlerweile rund 130 Signatur-Einträge mit bald 200 Blättern und Aufsätzen in einem über das Internet zugänglichen Katalog: Die Sammlung Lithographie der städtischen Lithographie-Werkstatt Eichstätt im Archiv der Handschriftenabteilung

überreichte, umfassten Computerdrucke, Umdrucke, Gravur- und Kreidearbeiten sowie Texte und Mappen, die in den vergangenen zwei Jahren im Umfeld der Werkstatt entstanden sind. Ein Großteil ging dabei zurück auf ein gemeinsames Projekt von Universität und Werkstatt im November 2005. Vier Künstler näherten sich

damals unter dem Motto „Figurenfeld: Erfahren – Erinnern“ dem Land Art-Skulpturenwerk von Alois Wünsche-Mitterecker im Eichstätter Hesselental. Der Lithograph Angelo Evelyn aus Rotterdam, Kunstprofessor Luc Piron aus Leuven, der Aachener Dichter Andreas Weiland sowie Li Portenlänger ließen sich vom Figurenfeld zu distanzierenden Reaktionen bis hin zu Dekonstruktionen inspirieren und zeigten ihre Arbeiten in einer Ausstellung in der Hofgarten-Bibliothek sowie in einer bibliophilen Mappe, die nun Bestandteil des Archivs ist.

Großen Wert legt Portenlänger auf den internationalen und interdisziplinären Charakter der Werkstattarbeit. So hatte man heuer schon zwei Gastkünstleraufenthalte in Eichstätt: Jiang Hui Kou, Kunstprofessor an einer der acht Kunstakademien Chinas in Tianjing, arbeitete im Mai für zwei Wochen in der Lithographie-Werkstatt und stellte seine Arbeiten dort aus, während die japanische Lithographin Chiho Kuroki, die in Brüssel an der Kunstschule La Cambre unterrichtet, im Juli zu Gast war und mit ihren hier entstandenen Arbeiten ebenfalls eine Ausstellung bestückte. Die Vernissage ihrer Werkeschau war mit der jährlichen „Stadt-Film-Bilder“-Veranstaltung verbunden, in welcher, in Zusammenarbeit mit der

Medienzentrale der Diözese Eichstätt, ein japanischer Avantgarde-Film von 1926, „Kurutta Ippeiji“ von Kinugasa Teinosuke, gezeigt wurde. Ausstellung und Film führte Professor Dr. Peter Pörtner vom Japan-Zentrum der LMU München ein.

Auch während des Kompetenzforum Bayern 2006 zum Thema „Industrie und Tourismus“ an der Katholischen Universität im Mai zeigten Lithographie-Werkstatt und Handschriftenabteilung unter dem Titel „Sieben Positionen“ Arbeiten von sieben Künstlern, die in Eichstätt entstanden sind und in der Sammlung Lithographie aufbewahrt werden. Schließlich lockt der Stein der Region, der Solnhofener Jura, nicht nur Touristen oder Stein verarbeitende Industrie ins Altmühltal, sondern auch Künstler, die den Genius loci nutzend in der Lithographie-Werkstatt Eichstätt mit dem weltweit einzigartigen Stein arbeiten können.

Portenlänger bezeichnet die Künstleraufenthalte denn auch als „Kernanliegen“ der Werkstatt. Man wolle „die Künstler der Welt dahin bringen, wo ihr Arbeitsmaterial, der Litho-Stein, herkommt“. Die Zusammenarbeit mit der Universität gebe deren Arbeit dann den notwendigen Rückhalt, denn sie biete einen „adäquaten Ort der Bewahrung und Präsentation“, was dem besonderen Impuls, der von dieser Region ausgehe, Nachhaltigkeit verschaffe. Dazu strebe man nun auch die zusätzliche Aufnahme des Katalogs der Sammlung Lithographie in ein bayernweites, besucherfreundliches Online-Portal an, berichtet Littger. Zudem wolle man auch den Schriftverkehr der Sammlung archivieren. Schließlich solle die Bibliothek laut UB-Direktorin Reich auch zukünftig „eine kompakte Stelle“ sein, in die alles einfließe, was in der Werkstatt entstehe.

Zugang zur „Sammlung Lithographie Eichstätt“ in der Universitätsbibliothek Eichstätt, Graphische Sammlung:

<http://nonbook.ku-eichstaett.de>
(Freitext: „lithographie; und werkstatt“)



KLEINHERNE

Li Portenlänger überreicht Bibliotheksleiterin Dr. Angelika Reich im Besein von Andreas Kleinert und Dr. Klaus Walter Littger (von links) von der Handschriftenabteilung der Bibliothek im Hofgarten weitere Exponate für die dort aufbewahrte Sammlung Lithographie.

der Katholischen Universität ist auch heuer wieder um eine Vielzahl künstlerischer Arbeiten und geisteswissenschaftlicher Dokumente gewachsen. Ende April übergab Werkstatt-Leiterin Li Portenlänger der Universität bereits zum vierten Mal seit Beginn der Zusammenarbeit im Jahre 1998 lithographische Exponate, die in den Räumen im Hofgarten ganz im Sinne einer „handfesten Kooperation zwischen Stadt und Universität“, so Dr. Klaus Walter Littger, Leiter der Handschriftenabteilung, fachgerecht archiviert, gelagert und selbstverständlich auch öffentlich zugänglich sind.

Die Arbeiten, die Portenlänger, selbst Künstlerin, im April Bibliotheksleiterin Dr. Angelika Reich



PHOTOCASE

Neue Manns-Bilder der Soziologie

Wie definiert sich ein Mann als Mann? Und welche Eigenschaften zeichnen Männer nach Ansicht von Frauen aus? Eichstätter Soziologen betraten Forschungsneuland und fanden erstaunliche Unterschiede in der Selbst- und Fremdwahrnehmung des vermeintlich starken Geschlechts.

► Von Nina Baur und Siegfried Lamnek

Die Soziologie verfügt mittlerweile über ein recht klares theoretisches und empirisches Bild über die soziale Konstruktion von Weiblichkeit sowie typische Probleme und Formen der Diskriminierung von Frauen in den verschiedensten Lebensbereichen. Das Wissen über Männer ist dagegen erstaunlich karg, da sie systematisch aus der Analyse ausgeblendet werden: Die meisten klassischen soziologischen Theorien gehen implizit vom Mann als dem „Normalen“ und der Frau als dem „Abweichenden“ aus, wobei sie sich meist nicht die Mühe machen, dieses „Normale“ zu definieren. Das „moderne Subjekt“ ist „männlich“, wobei als zentrales Kriterium für die gesellschaftliche Integration und den Er-

werb von sozialer Identität die Erwerbsarbeit gesetzt wird. Auch noch heute wird postuliert, dass sich Männer vor allem über Erwerbsarbeit definieren. Allerdings gibt es zu wenig empirische Untersuchungen, die Männlichkeit aus der Perspektive der Akteure, also der Männer, behandeln.

Dagegen befasst sich die Geschlechtersoziologie hauptsächlich mit Frauen – der Mann wird in der Regel negativ definiert als Referenzkategorie, als das Nicht-Weibliche, als der Deviante, als der gesellschaftlich Herrschende, dem gegenüber die Gleichberechtigung der Frauen aktiv eingefordert werden muss. Die Veränderungen von Lage und Mentalität von Frauen durch den sozialen Wandel wurde relativ eingehend untersucht, vergleichbare Analysen für Männer sind dagegen selten. Anders

als im angelsächsischen Bereich hat sich in Deutschland bislang noch keine eigenständige Männerforschung etabliert; über die kulturellen Eigenheiten deutscher Männlichkeiten liegt hierzulande relativ wenig Wissen vor.

Wie also werden Männer in der Gesellschaft wahrgenommen? Was macht Männer zu Männern? Ist es die Arbeit? Muss ein Mann stark oder intelligent sein? Sollte ein Mann „ein Haus bauen, einen Baum pflanzen und einen Sohn zeugen“, also eine Familie gründen und Vater werden, oder ist es heute wichtiger, dass er beruflich erfolgreich ist, viel Sport treibt, einen Sportwagen fährt oder einen PC bedienen kann? Welche Probleme verbinden Männer mit ihrem Dasein als Mann? Und welche gesellschaftspolitischen Implikationen hat dies?

Solchen Fragen ist der Lehrstuhl für Soziologie und empirische Sozialforschung in einer Telefonumfrage nachgegangen. Von März bis Mai 2006 wurden 709 volljährige deutsche Staatsbürger in dreißig, nach theoretischen Gesichtspunkten ausgewählten Gemeinden in vier Bundesländern (Baden-Würt-

temberg, Bremen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt) befragt. In jeder Gemeinde wurde mit Hilfe der Einwohnermeldeämter eine nach Alter und Geschlecht disproportional geschichtete Zufallsstichprobe gezogen. Ausgewählte Ergebnisse dieser Studie sollen im Folgenden präsentiert werden.

Ein möglicher Hinweis darauf, was einen Mann zum Mann macht, ist, was Frauen an Männern attraktiv oder unattraktiv finden. Da Partnerschaften für die meisten Deutschen sehr wichtig und die meisten Männer heterosexuell sind, liegt es nahe, dass sie ihr Leben unter anderem daran orientieren, was sie meinen, dass Frauen von ihnen erwarten. In unserer Studie wurde gefragt, ob man glaubt, dass bestimmte Eigenschaften Männer besonders attraktiv bzw. besonders unattraktiv für Frauen machen. Diese Eigenschaften lassen sich grob in die drei Bereiche unterteilen: Partner- und Familienorientierung, körperliche Attraktivität sowie Versorgerfähigkeit.

In der Gesamtschau aller befragten Männer und Frauen wird ersichtlich, dass das mit Abstand wichtigste Attraktivitätsmerkmal eines Mannes ist, wie stark er sich für Partnerin und Familie engagiert. Es folgt die körperliche Attraktivität, die Versorger-

fähigkeit bildet das Schlusslicht (!). Innerhalb dieser Bereiche gibt es jedoch Differenzierungen.

Zunächst zum Bereich Partner- und Familienorientierung: Von allen abgefragten Eigenschaften und Verhaltensweisen von Männern, die von Engagement für die Familie zeugen, glauben mindestens zwei Drittel der Befragten, dass dies Männer besonders attraktiv für Frauen macht. Das mit Abstand wichtigste Attraktivitätsmerkmal eines Mannes ist, dass er Humor besitzt. Für die Hälfte der Befragten gilt ein Mann als besonders unattraktiv für eine Frau, wenn er keine Kinder mag oder keine Zeit für seine Frau hat. In dieselbe Richtung gehen die Haltungen gegenüber Männern, die ihren Partnerinnen nicht im Haushalt helfen. Umgekehrt ist etwa ein Drittel uneingeschränkt der Auffassung, dass Männer, die gut mit technischen Geräten umgehen können, besonders attraktiv sind. Knapp 30 Prozent der Befragten stimmen voll zu, dass Männer, die mit ihren Frauen shoppen gehen, besonders attraktiv für diese sind.

Dass Männer körperlich attraktiv sein sollen, ist für die Befragten ebenfalls wichtig. Ihre Meinungen unterscheiden sich aber hinsichtlich der relativen Bedeutung einzelner körperlicher Merkmale: Etwa drei Viertel halten Männer, die viel

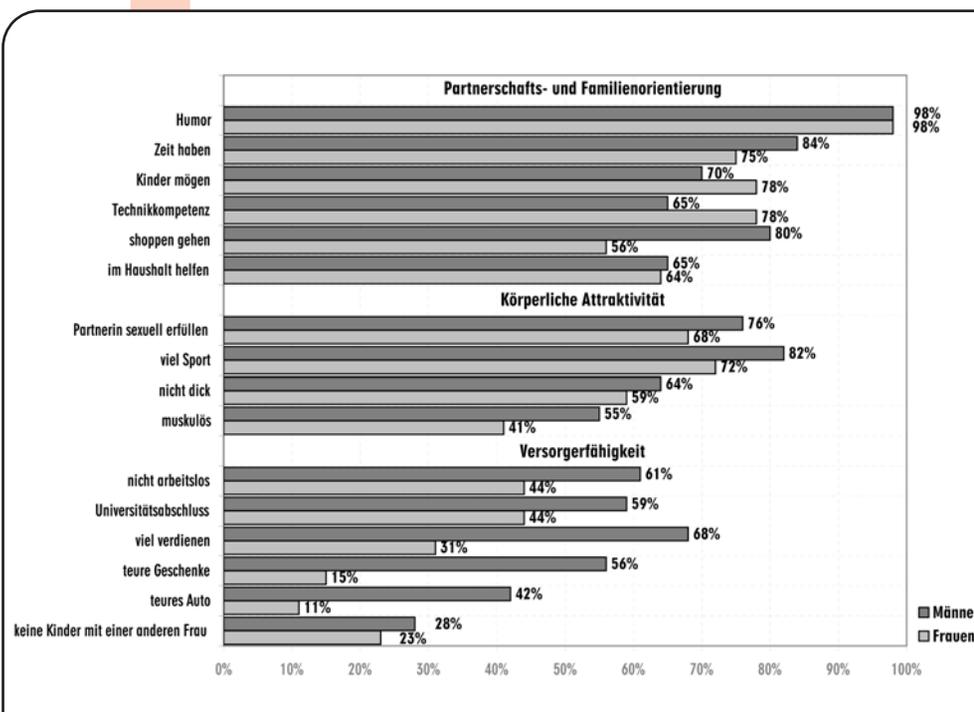
Sport machen, für besonders attraktiv für Frauen. Etwa 70 Prozent der Befragten beurteilen Männer, die eine Frau sexuell nicht erfüllen können, als besonders unattraktiv, etwa 60 Prozent denken dasselbe über dicke Männer. Darüber, ob muskulöse Männer besonders attraktiv sind, scheiden sich dagegen die Geister.

Bezogen auf den Aspekt Versorgerfähigkeit gehen Sozialwissenschaftler und Politiker in der Regel davon aus, dass der Mann primär Versorger ist, berufstätig sein und eine Familie finanziell absichern soll. Die Versorgerkompetenz ist dagegen nach Ansicht der meisten Befragten eher von nachgeordneter Bedeutung: Etwa die Hälfte der Interviewten ist der Ansicht, dass Männer besonders attraktiv für Frauen sind, wenn sie nicht arbeitslos sind, einen Universitätsabschluss haben und viel verdienen, aber nur etwa jeder sechste Befragte stimmt voll zu, dass dies sehr wichtige Attraktivitätsmerkmale seien. Dass Männer ihren Frauen teure Geschenke machen sollten, finden nur etwas mehr als ein Drittel der Interviewten. Der Besitz von Luxusgütern, zum Beispiel ein teures Auto zu fahren, macht nach Meinung von nur einem Viertel der Befragten Männer besonders attraktiv.

Bislang haben wir alle Befragten betrachtet. Analysiert man die Ansichten geschlechtsspezifisch (vgl. Abb.1), so zeigt sich, dass Männer und Frauen sich nur darin einig sind, dass Männer besonders attraktiv für Frauen sind, wenn sie Humor haben (98 % Zustimmungsrate) und dass Männer für Frauen besonders unattraktiv sind, wenn sie diesen nicht im Haushalt helfen (etwa zwei Drittel stimmen zu). Ansonsten zeigen sich geschlechtsspezifisch differenzierte Denk- und Wahrnehmungswelten:

Was die körperliche Attraktivität als Beurteilungsmaßstab betrifft, schätzen Männer Frauen für wesentlich strenger ein als diese wirklich sind: 82 Prozent der Männer, aber nur 72 Prozent der Frauen stimmen zu, dass Männer, die viel Sport treiben, für Frauen besonders attraktiv sind. Drei Viertel der Männer, aber nur etwas über zwei Drittel der Frauen glauben, dass ein Mann besonders unattraktiv für eine Frau ist, wenn er

Abb. 1
Was Frauen sich von Männern wünschen und was Männer denken, dass Frauen von ihnen wollen.



sie sexuell nicht erfüllen kann. Zwei von drei Männern, aber nur drei von fünf Frauen halten dicke Männer für besonders unattraktiv. Während sich hinsichtlich der bisher genannten körperlichen Merkmale Männer und Frauen wenigstens insofern einig waren, als die Mehrheit sie für ein relevantes Kriterium hielt, scheiden sich hinsichtlich männlicher Muskelkraft die Geister: 55 Prozent der Männer aber nur etwa 40 Prozent der Frauen pflichten der Aussage bei, dass muskulöse Männer für Frauen besonders attraktiv wären.

Auch hinsichtlich der Frage, wie wichtig es ist, ob Männer Zeit für ihre Partnerin haben und mit ihr shoppen gehen, überschätzen Männer deutlich die Ansprüche der Frauen: Zwar halten beide Geschlechter dieses Kriterium für wichtig, doch dass ein Mann für eine Frau besonders unattraktiv ist, wenn er keine Zeit für sie hat, meinen drei von fünf Männern, aber nur zwei von fünf Frauen uneingeschränkt. Noch anspruchloser sind Frauen, wenn es darum geht, ihre Männer zum Einkaufsbummel zu „verdonnern“: Etwa ein Drittel der Männer, aber nur etwa 20 % der Frauen stimmen der Aussage voll zu, dass Männer besonders attraktiv für Frauen seien, wenn sie mit ihnen shoppen gehen.

Am stärksten sind die geschlechtsspezifischen Diskrepanzen bezüglich der Versorgungsfähigkeit von Männern: Eine deutliche Mehrheit der Männer glaubt, dass Frauen von ihnen erwarten, dass sie einen Universitätsabschluss haben, nicht arbeitslos sind, viel verdienen und ihrer Partnerin teure Geschenke machen. Jeder vierte bis sechste Mann bewertet diese Kriterien sogar als sehr wichtig. Etwa 40 Prozent der Männer hält auch ein teures Auto für relevant. Dagegen gelten für weniger als die Hälfte der Frauen Männer mit Universitätsabschluss als besonders attraktiv und arbeitslose Männer als besonders unattraktiv. Dass Männer viel verdienen, ist nur jeder dritten Frau wichtig, dass sie teure Geschenke bekommen, nur jeder sechsten, und dass ein Mann ein teures Auto fährt, nur jeder zehnten.

In einem Punkt unterschätzen die Männer dagegen die Ansprüche der

Frauen: Zwar sind sich die überwiegende Mehrheit der Befragten einig, dass Frauen Technikkompetenz und eine positive Einstellung gegenüber Kindern an Männern zu schätzen wissen. Während aber von den Männern nur etwa 40 Prozent bzw. 25 Prozent voll zustimmen, dass ein Mann besonders unattraktiv für eine Frau ist, wenn er keine Kinder mag, bzw. dass Männer besonders attraktiv für Frauen seien, wenn sie gut mit technischen Geräten umgehen können, stimmen von den Frauen 60 Prozent bzw. 40 Prozent diesen Aussagen voll zu.

Insgesamt sind Frauen also weniger anspruchsvoll in der Beurteilung der Attraktivität eines Mannes, als Männer gemeinhin denken. Während aber Männer mehrheitlich immer noch der traditionellen Haltung verhaftet sind, es käme Frauen vor allem darauf an, dass ein Mann körperlich attraktiv ist und genug verdient, um seiner Partnerin und seinen Kindern einen hohen Lebensstandard bieten zu können, ist das Ideal der Frauen der humorvolle, kinderliebe Techniker, der sich Zeit für seine Partnerin nimmt.

Spätzünder: Der Wunsch nach Kindern reift bei Männern später als bei Frauen.

Angesichts der derzeit heftigen öffentlichen Debatte über Kinderlosigkeit von Frauen regt dieses Ergebnis zu der Frage an, ob denn nicht vielleicht die Männer das Problem seien. Denn wenn Männer unterschätzen, wie wichtig Kinder für Frauen sind, sind Männern die Kinder möglicherweise selbst auch nicht so wichtig. Diese Aussage kann aufgrund der Studie nicht gehalten werden (wobei grundsätzlich betont werden muss, dass die Fallzahlen insgesamt doch gering, zufällige Schwankungen wahrscheinlich sind): Zunächst ist festzuhalten, dass in unserer Befragung der Wunsch nach *weiteren* Kindern bei Vätern in jeder Altersgruppe größer ist als bei Müttern.

Anders sieht es bei den Kinderlosen aus: Von den 18- bis 35-Jährigen, die noch keine Kinder haben, wünschen sich fast alle Kinder, allerdings entwickelt sich der Kinderwunsch bei Männern und Frauen zeitlich versetzt: 93 Prozent der 18- bis 25-jähri-

gen kinderlosen Frauen wollen Kinder, danach nimmt der Kinderwunsch kontinuierlich ab von 86 Prozent bei 25- bis 35-Jährigen über 50 Prozent bei den 35- bis 45-Jährigen bis zu immerhin noch 20 Prozent der 45- bis 55-Jährigen. Dagegen wünschen sich nur 85 Prozent der 18- bis 25-jährigen kinderlosen Männer Nachwuchs. Am stärksten ist der Kinderwunsch bei kinderlosen Männern im Alter zwischen 25 und 35 (93 Prozent), um sich danach ähnlich reduzierend zu entwickeln wie bei Frauen.

Offenbar gibt es also einen prinzipiellen Kinderwunsch bei Frauen (unabhängig von der Zahl der Kinder), während Männer erst „auf den Geschmack“ kommen müssen: Der Kinderwunsch entsteht bei ihnen später als bei Frauen. Möglicherweise wollen junge Männer noch unabhängig ihr Leben genießen, während junge Frauen die Fruchtbarkeit des jüngeren Alters nutzen wollen. Für Väter sind dagegen *weitere* Kinder wichtiger als für Frauen.

Die These, dass Männer „Spätzünder“ sind, bestätigt sich, wenn man den Anteil der Befragten mit Kindern betrachtet: Im Alter von 35 bis 45 sind bereits vier von fünf Frauen Mütter, aber erst zwei von drei Männern Väter. Bei den 45- bis 55-Jährigen ist der Anteil der Mütter wie bei den 35- bis 45-Jährigen, während nun immerhin drei von vier Männern Väter sind.

Es lässt sich also vermuten, dass Frauen, die unbedingt Kinder haben wollen, diese früh bekommen. Bei Männern entsteht der Kinderwunsch dagegen erst später – und dann ist es möglicherweise bereits zu spät für Kinder, denn in der Regel liegt in Deutschland das Alter von Partnern nur um wenige Jahre auseinander. Das heißt, wenn ein über 45-jähriger Mann noch Kinder will, kann seine Partnerin mit sehr großer Wahrscheinlichkeit nur mehr begrenzt Kinder bekommen. Die in der öffentlichen Debatte häufig gestellte Fragen: „Warum bekommen deutsche Frauen keine Kinder mehr?“ müsste also modifiziert werden. Es ist vielleicht sinnvoller zu fragen: „Warum wollen deutsche Männer erst so spät (und vielleicht zu spät) Kinder, und was kann man dagegen tun?“

Jungen als schwaches Geschlecht?

„Kleine Kerle in Not“, „Böse Buben, kranke Knaben“ – viele Medien sehen Jungen in einer kollektiven Krise. Doch wie sehen das die „Betroffenen“ selbst? Eine Forschergruppe analysierte Gruppendiskussionen von Grundschulern.

► Von Klaudia Schultheis

Jungen haben in den letzten Jahren häufig die Aufmerksamkeit der Medien gefunden. Angeregt wurde die öffentliche Diskussion über Probleme und Defizite von Jungen vor allem durch die internationale

le Strobel-Eisele (PH Ludwigsburg) und Prof. Dr. Thomas Fuhr (PH Freiburg), Jungen zum Forschungsgegenstand zu machen. Dazu kommt, dass sich Aussagen über Jungen bisher überwiegend auf Daten quantitativ-empirischer Bildungsforschung stützen oder gar keine empirische Grund-

sie? Die Erwartung war dabei, sich verstetigende Muster bezüglich der Selbstpräsentation der Jungen, der interaktiven Formen und der bevorzugten Wahl und Gestaltung von Themen beobachten zu können, die für Jungen von Interesse sind.

Mit diesem Ansatz einer pädagogischen Kinderforschung hat die Forschergruppe relatives Neuland betreten, insbesondere weil es zur im Projekt zum Einsatz kommenden Methode der Gruppendiskussion noch kaum Erfahrungen mit Kindern gibt. Sie zeichnet sich dadurch aus, dass der Interviewer im Hintergrund bleibt und allenfalls Impulse bereithält, um das Gespräch der Gruppe anzustoßen oder in Gang zu halten. Das Gruppendiskussionsverfahren bietet den Kindern die Möglichkeit, ihr gemeinsames Erleben in ihrer Sprache und in ihrem eigenen Diskursstil zu thematisieren. Die Gespräche lassen sich als Dokumente der kollektiven Erfahrung



PIXELOUELLE

Schulleistungsstudie PISA, die zeigte, dass Jungen im Vergleich zu Mädchen eklatante Defizite in den so genannten Basiskompetenzen wie der Lesefähigkeit haben. Der Kanon der Jungenprobleme, der der Öffentlichkeit präsentiert wird, bezieht sich aber nicht nur auf schulische Probleme, sondern umfasst auch physische und soziale Aspekte. Gründe für die Defizite der Jungen werden vor allem im Fehlen männlicher Vorbilder, der Vernachlässigung der Jungen durch die Schule oder einer generellen Krise der Männlichkeit gesehen.

Diese aktuelle Diskussion war ein wichtiger Anstoß für die Gruppe aus Eichstätt, Ludwigsburger und Freiburger Forscherinnen und Forscher unter der Leitung von Prof. Dr. Klaudia Schultheis (KU), Prof. Dr. Gabrie-

lage haben. Letzteres gilt vor allem für Annahmen über die Sozialisation und Identitätsentwicklung von Jungen von Seiten der kritischen Männerforschung, aber auch für sozial- und schulpädagogische Konzepte der Jungenarbeit, die aus der Praxis heraus entstanden sind. Der Bedarf an empirischem Wissen ist jedoch besonders für die Entwicklung pädagogischer Ansätze der Jungenförderung gegeben.

Doch welche Einschätzung haben Jungen in Bezug auf sich selbst? Wie sehen sie ihre Welt, wo haben sie nach ihrem eigenen Urteil Schwierigkeiten, aber auch Stärken? Was erwarten sie von ihren Eltern und von der Zukunft, wie erleben sie Freundschaften und die Schule mit ihren Anforderungen und welche Bedürfnisse haben

der Kinder verstehen, weil die beteiligten Kinder dem gleichen institutionellen Rahmen „Schule“ angehören und zumindest diesbezüglich einen gemeinsamen Erfahrungshintergrund aufweisen. Welche Lebensbereiche jeweils zum Thema gemacht werden, entscheiden im Verlauf einer Gruppendiskussion die Kinder einer Gruppe selbst. Im Kommunikationsprozess der Gruppendiskussion bilden sich kindliche Orientierungsmuster ab, die sich den Erwachsenen nicht ohne weiteres erschließen, sondern der Interpretation und Rekonstruktion im qualitativen Forschungsprozess bedürfen.

Insgesamt hat die Forschergruppe zwölf Gruppendiskussionen mit Jungen aus dritten Grundschulklassen im Raum Eichstätt, in Ludwigsburg und

in Freiburg durchgeführt. Die Gruppendiskussionen wurden mit Video aufgezeichnet, transkribiert und mit MaxQDA codiert. Zur Anwendung kamen unterschiedliche Auswertungsmethoden, insbesondere die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring und die Grounded Theory.

Untersucht wurde beispielsweise das Verhältnis der Jungen zu Regeln und sozialen Erwartungen unter dem Gesichtspunkt der „Anomie“. Mit Anomie ist dabei ein verbal bekundetes, nicht den Regeln entsprechendes Verhalten gemeint, das sich überwiegend auf leichtere Formen der Nichtangepasstheit bezieht und sich zudem als Geschlechter differenzierendes Merkmal ausweisen lässt. Dabei wurde deutlich, dass Jungen gern Grenzen testen, imponieren wollen, ärgern und necken, herumtoben, raufen und Ärger in Kauf nehmen, weil diese Erfahrung für sie mit Lust und Spaß besetzt ist. Die Ergebnisse lassen den Schluss zu, dass draufgängerisches Verhalten, Imponiergehabe und Angebertum bei Jungen nicht so sehr auf Geschlechtsrollenstereotype zurückzuführen sind und auch nicht auf soziale Anerkennung zielen, wie dies in der Geschlechterdiskussion häufig gesehen wird. Vielmehr scheinen darin hohe Anteile an spontanen, primären Neigungen zu liegen, die die Entwicklung von Eigenschaften, die mit Mut, Selbstbewusstsein und emotionaler Unabhängigkeit zu tun haben, begünstigen.

Die Ergebnisse widerlegen die in der Jungenforschung verbreitete These, dass sich Jungen in einer emotional belasteten Spannungssituation befänden und dass Jungen vor allem den Umgang mit Angst und Schwäche lernen müssten, woraus dann die Notwendigkeit einer sozialpädagogischen „Jungenarbeit“ auch in der Schule abgeleitet wird. Aus der Sicht pädagogischer Kinderforschung darf der Hang der Jungen zur Abweichung nicht unter moralischen Generalverdacht gestellt oder als Gewaltneigung verstanden werden, sondern erfordert, ihm mit entsprechenden Angeboten zum kontrollierten Ausleben zu begegnen und ihm andererseits aber auch durch Grenz- und Regelseitzung konsequent pädagogisch entgegenzutreten. Auch die Untersuchung der Interaktionsformen von

Jungen gibt keinen Hinweis darauf, dass Jungen in ihrer Identität verunsichert seien, wie dies in der Jungenliteratur häufig behauptet wird. Deutlich wurde vielmehr, dass Jungen meisterhaft die Kommunikationsform der scherzhaften Geselligkeit beherrschen, mit der sie in der Gruppe ihr Jungensein gemeinsam inszenieren. Dies ermöglicht allen Jungen, die Jungengruppe der Gruppe zu übernehmen. So setzen sich die Jungen in ihren Interaktionen mit dem Konzept der hegemonialen Maskulinität auseinander und entwickeln auch eine Vorstellung über das Verhalten eines „richtigen Jungen“. Das Erlernen eines Konzepts von Junge-Sein kann dabei in verschiedenen Formen erfolgen. Bei der inkludierenden scherzhaften Geselligkeit zeigen sich Jungen gegenseitig situierte Konzepte ihrer Identität als Jungen, wobei offensichtlich durch Wiederholung bestimmte Figuren erlernt werden. Es findet sich aber auch der exkludierende Kampf, in dem einzelne Kinder ausgegrenzt werden. In beiden Fällen lernen die Jungen mitgängig jungentypische Verhaltens- und Handlungsformen. Die Untersuchung macht außerdem deutlich, dass Geld für die Jungen als Ausdruck für Wünsche, Sehnsüchte und sozialen Erfolg steht und im Denken und Erleben der Jungen eine bedeutende Rolle spielt. Der Satz eines Jungen „Ich werd Fußballer und Millionär“ repräsentiert, wie für die Jungen Fragen der Berufswahl, des sozialen Ansehens und der Lebensqualität im Erwachsenenalter mit dem Thema Geld verbunden sind.

Weitere Erkenntnisse der Forschungen betreffen die Beziehung der Jungen zu ihren Vätern. Hier zeigte sich, dass der Vater für die Jungen ein Rollenvorbild und Identifikationsobjekt par excellence ist. Väter sind Beziehungspartner, mit ihnen wollen die Jungen zusammen sein, mit ihnen können sie fühlen und sich mit ihnen messen. Den Jungen ist dabei bewusst, dass ihre Väter selbst einmal Jungen wie sie waren und dass sie selbst einmal Vater sein können und damit auch Verantwortung zu übernehmen haben.

Mit den bisher vorliegenden Ergebnissen ist das vorhandene Datenmaterial noch lange nicht ausgeschöpft. Vorgezeichnet werden aber erste

Konturen einer sich neu konstituierenden pädagogischen Kinderforschung, die ermöglicht, Lern- und Erfahrungsprozesse von Jungen zu beschreiben und zu analysieren, um zu einer realistischen Einschätzung ihrer Fähigkeiten und Kompetenzen zu gelangen.

Die bisherigen Forschungsergebnisse machen auf jeden Fall deutlich, dass sich das in der jüngsten Diskussion in den öffentlichen Medien oder in den populären Erziehungsratgebern verbreitete Bild der „armen“ und benachteiligten Jungen nicht halten lässt. Jungen haben sich der Forschungsgruppe mit vielfältigen Kompetenzen ausgestattet gezeigt. Am interessantesten erscheint dabei ihre Fähigkeit, unproblematisch zwischen dem traditionellen und dem modernen Männerbild und den jeweiligen Rollenerwartungen hin- und her zu „switchen“, wobei für sie dabei kein Widerspruch und schon gar kein Identitätsproblem entsteht. Jungen fällt es leicht, zwischen den entsprechenden Diskursen zu wechseln und sie scheinen eine genaue Vorstellung davon zu haben, wie Jungen sind und wie man sich von den Mädchen abzugrenzen hat. Das „Mädchen-sind-doof“-Thema, die von uns häufig beobachtete Form des gegenseitigen Übertrumpfenwollens oder die oft kommunizierten Berufswünsche von Pilot, Astronaut oder Fußballer zeugen davon. Das hindert die Jungen nicht daran, über Zukunftsängste, Tod und Sterben und überhaupt über Emotionen zu sprechen, oder auch „unmännliche“ Themen wie „Kinderkriegen“ aufzugreifen. Jungen können sehr wohl differenziert über Gefühle sprechen; sie können gut Gespräche führen, aufeinander eingehen und können auch dafür sorgen, dass alle zu Wort kommen. Die bisherigen Ergebnisse geben genügend Hinweise auf entsprechende Kompetenzen der Jungen.

LITERATUR

Schultheis, Klaudia / Strobel-Eisele, Gabriele / Fuhr, Thomas (Hrsg.): Kinder: Geschlecht männlich. Pädagogische Jungenforschung. Kohlhammer Verlag: Stuttgart 2006.

Politik und Religion in den USA

Europäischen Beobachtern erscheinen die USA vertraut und fremd zugleich. Auf betende amerikanische Präsidenten in „God's own country“ reagieren Europäer zumeist irritiert. Doch gilt es zu unterscheiden zwischen der amerikanischen „Zivilreligion“ und Religion im konfessionellen Sinne.

► Von Manfred Brocker

Hollywood-Filme und Coca-Cola, Hamburger und MTV gehören längst zum festen Bestandteil auch unserer Kultur. Und doch scheint uns Amerika in anderer Hinsicht rätselhaft. Bibelstunden im Weißen Haus und betende Präsidenten irritieren viele Europäer zutiefst. Als George W. Bush im Zusammenhang mit den militärischen Maßnahmen gegen den Terrorismus von einer „Mission der Freiheit“ sprach und Staaten wie den Irak, den Iran und Nordkorea auf einer „Achse des Bösen“ verortete, löste er in Europa Unverständnis, ja Ablehnung aus. Dass er sich in Fragen der Weltpolitik derart unverhüllt einer Sprache des Glaubens bediente, leistete hierzulande der weit verbreiteten Einschätzung Vorschub, der Einmarsch der USA in den Irak Anfang 2003 sei ein religiös motivierter Akt und der US-Präsident ein „christlicher Fundamentalist“ und „Kreuzritter“, der eine „heilsgeschichtliche Botschaft“ verfolge (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. Februar 2003, S. 6). „Bush, das ist der Ayatollah“, ließ sich etwa der Tübinger Literaturwissenschaftler und Rhetorikprofessor Walter Jens im evangelischen Magazin „chrismon“ (Heft 3, 2003, S. 44) vernehmen, „ein Mann, der auf ‚christlicher‘ Basis einen heiligen Krieg zu führen sucht; der die Realität hier auf Erden vollkommen mit einer von Gott gegebenen Mission identifiziert“.

Nicht nur in Deutschland spekulierten Intellektuelle, Kirchenvertreter und Politiker über den „fundamentalistischen“ Glauben des amerikanischen Präsidenten und dessen „manichäisches“ Welt-

bild. Der außenpolitische Koordinator der Europäischen Union, Javier Solana, konstatierte in einem Interview mit der „Financial Times“, die seit einige Zeit zu beobachtende transatlantische Entfremdung habe ihre Wurzeln in der religiösen Kluft, die den „alten Kontinent“ und die Vereinigten Staaten trenne. Im säkularen Europa sei man es nicht gewohnt, die Welt in den Schwarzweißkategorien des religiösen Amerika zu betrachten. Und der Direktor der „Foundation for Strategic Research“ in Paris, François Heisbourg, bezweifelte gar, dass Europa und die Vereinigten Staaten angesichts der religiösen Unterschiede noch „Teil derselben Zivilisation“ seien (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. Juli 2003, S. 35).

Auch wenn man immerhin in Rechnung stellte, dass nicht alle Amerikaner „Fundamentalisten“ seien, machten die Ereignisse seit dem 11. September 2001 europäischen Beobachtern eindringlich bewusst, dass die amerikanische Gesellschaft tief religiös und gläubig ist – in dieser Hinsicht eher vergleichbar mit islamischen Ländern denn mit Europa, das seit langem den Weg der Säkularisierung beschritten hat. Dass zudem die stark ausgeprägte Religiosität bei vielen Amerikanern mit einem „demokratischen Sendungsbewusstsein“ einhergeht, mit der Vorstellung, die USA seien ein „erwähltes“ Land – „God's own country“ –, tat ein Übriges.

Die Amerikaner sind zweifellos ein gläubiges Volk. Im Unterschied zu Europa, wo immer weniger Menschen in die Kirche gehen und sich zu einer Religion bekennen, glauben laut Umfragen 71,1 Prozent der US-Bürger an ein Leben

nach dem Tod, 56,3 Prozent beten täglich, 46,8 Prozent besuchen mindestens einmal im Monat den Gottesdienst. Ebenso wie die Religiosität der Amerikaner viele Europäer befremdet, irritiert umgekehrt die Amerikaner die fortschreitende Säkularisierung auf unserem Kontinent. Das Unverständnis beider Seiten beruht demnach auf einem gegenläufigen Prozess. Dass die religiöse Vitalität der amerikanischen Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten noch einmal zugenommen habe, ist allerdings weitgehend eine europäische Fehlperzeption: Ohne Frage ist die Religion in den USA öffentlich sichtbar geworden. Konservative Protestanten („Evangelikale“) mischen sich heute lautstark in die Politik ein. Sie fordern eine Rückbesinnung des Landes auf seine christlichen Wurzeln und wollen die in den 1960er Jahren einsetzende sukzessive Liberalisierung und Modernisierung der Rechts- und Gesellschaftsordnung zurückdrängen. Darüber hinaus haben insbesondere die strengeren religiösen Bekenntnisse starken Zulauf, jene Glaubensgemeinschaften also, die wie die fundamentalistischen Südstaatenbaptisten, die Pfingstler, Zeugen Jehovas und Mormonen hohe Ansprüche an ihre Mitglieder stellen und gezielt missionieren. Doch ist zugleich – nicht anders als in Europa – die Zahl der Glaubenslosen in den letzten Jahrzehnten deutlich gestiegen, wenn auch von einem deutlich niedrigeren Niveau aus; sie liegt gegenwärtig bei 13,7 Prozent.

Zur gleichen Zeit ist die amerikanische Gesellschaft religiös pluralistischer geworden: 52,8 Prozent der Bevölkerung bezeichnen sich als Protestanten, davon 32,7 Prozent als Baptisten, 13,9 Prozent als Methodisten, 10 Prozent als Lutheraner und 5,3 Prozent als Presbyterianer; 24,3 Prozent sind Katholiken, 1,7 Prozent Juden; ferner gehören – wie Hindus, Moslems oder Buddhisten – etwa 8 Prozent einer nicht jüdisch-christlichen Religion an (Daten des „General Social Survey“



PHOTOCASE

2002; www.thearda.com), wobei auch ihr Anteil weiter zunimmt. Insgesamt existieren in den USA inzwischen mehr als 1.000 Religionsgemeinschaften nebeneinander. Ihr Zusammenleben für alle akzeptabel zu gestalten, gehört seit der Gründung der Vereinigten Staaten durch protestantische Kolonisten unterschiedlichster konfessioneller und nationaler Provenienz zu den zentralen Aufgaben der bundesstaatlichen politischen Ordnung. Dabei entschied man sich für eine verfassungsrechtliche Regelung, die einerseits eine weitgehende Religionsfreiheit vorsieht, andererseits die Kirche(n) vom Staat trennt. Abweichend vom britischen Muster der Staatskirche verwirklichte man in den USA mithin ein liberales Modell, das keine Reli-

gion rechtlich zu privilegieren erlaubt – auch wenn der Protestantismus zunächst (und in vielen Landesteilen bis heute) kulturell wie gesellschaftlich dominierte.

Doch trotz oder gerade wegen dieser Trennung von Kirche und Staat spielte und spielt die Religion im öffentlichen Leben der USA nach wie vor eine wichtige Rolle. Unverkennbar hat sie ihren Platz bei der Amtseinführung der Präsidenten („inaugurations“), bei den offiziellen Festakten am Independence-, Veterans- oder Martin Luther King-Day, die allesamt religiös inszeniert werden. Doch „religiös“ bedeutet hier etwas anderes als religiös im konfessionellen Sinne. Um die unterschiedlichen Gehalte

von einander abzugrenzen, spricht man in den USA seit langem von „Zivilreligion“ (civil religion). Gemeint ist damit jenes Ensemble an Glaubenssätzen, Symbolen und Ritualen, das die Bürger an das politische Gemeinwesen bindet und dieses in seinen Institutionen und Repräsentanten in letzter Instanz als transzendent legitimiert erscheinen lässt („In God We Trust“). Es benennt zugleich Werte, die prinzipiell menschlicher Dispositionsfreiheit entzogen sein sollen („Liberty is God's gift to humanity“), und stellt zudem die Geschichte und das Schicksal der Nation in einen öffentlich vermittelten Sinnbezug („Providence“). Die „Zivilreligion“ artikuliert die Vision, die die Nation als integriertes Ganzes zusammenhält. Sie ist ein „Ordnungsglaube“, der zu den unterschiedlichen „Heilsglauben“ der verschiedenen Glaubensgemeinschaften hinzutritt, mit diesen aber nicht identisch ist (M. Marty). Insofern stellt die amerikanische Zivilreligion keinen verwässerten Puritanismus oder Protestantismus dar, sondern repräsentiert einen eigenständigen Wertekonsens, der als „gemeinsamer Nenner“ den Zusammenhalt und die Stabilität der höchst disparaten, ethnisch wie religiös stark fragmentierten Gesellschaft verbürgt.

Schon Anfang des 19. Jahrhunderts hat der französische Amerikareisende Alexis de Tocqueville in seinem Buch „Über die Demokratie in Amerika“ dieses sinnstiftende Konglomerat an Ideen, Glaubenshaltungen, Einstellungsmustern und Verhaltensweisen eindrucksvoll geschildert. Bei allen – auch religiösen – Unterschieden teilten die Bürger der Vereinigten Staaten offenbar eine gemeinschaftliche „Glaubenslehre“, die später als „American Creed“ (Gunnar Myrdal) bezeichnet worden ist. Die Aufgabe, den Zusammenhalt der heterogenen Gesellschaft mittels eines gemeinsamen „Glaubens“ zu gewährleisten, hätte eine einzelne Religion oder Konfession kaum erfüllen können. Wäre etwa der Protestantismus im 18. Jahrhundert rechtlich privilegiert oder gar zur Staatsreligion erhoben worden, hätte dies über kurz oder lang zum Auseinanderbrechen der

Gesellschaft geführt, zu der schon damals neben Nicht-Protestanten, Nicht-Christen und Nicht-Gläubigen Hunderte von protestantischen Kirchen und Sekten gehörten, die sich wohl niemals auf den Inhalt einer gemeinsamen „Staatsreligion“ hätten einigen können.

Die amerikanische Zivilreligion geht daher nicht zufällig einher mit der bereits angesprochenen Trennung von Kirche und Staat, einer vielleicht strengeren Trennung, als sie selbst in den säkularsten Staaten Europas der Gegenwart zu finden ist. Der Erste Verfassungszusatz zur amerikanischen Bundesverfassung von 1791 verbietet bis heute die staatliche Förderung der Religionen oder die Bevorzugung einer bestimmten Konfession. Er erlaubt – gemäß seiner Auslegung durch das Oberste Bundesgericht – weder die finanzielle Unterstützung von Kirchen und kirchlichen Einrichtungen noch die öffentliche Verwendung religiös-konfessioneller Symbole (wie das christliche Kreuz) durch staatliche Institutionen und Repräsentanten. Das verfassungsrechtliche Gebot der Trennung von Kirche und Staat wurde nach dem Zweiten Weltkrieg umso strenger ausgelegt, je mehr die Zahl der Religionen und Weltanschauungen in den USA – teils durch Einwanderung, teils durch autochthone Entwicklungen – zunahm. Insofern sind die Vereinigten Staaten in institutioneller Hinsicht ein weitaus „säkulareres“ Land als die Bundesrepublik Deutschland, in der viele Religionsgemeinschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts anerkannt sind und eng mit dem Staat kooperieren. Man denke nur an die Kirchensteuer oder den konfessionellen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen. In den USA verstieße beides gegen die Verfassung.

Mit der Trennung von Kirche und Staat verbunden ist in den USA die Gewährleistung einer fast uneingeschränkten Religionsfreiheit, die auch exotischen und Besorgnis erregenden Gruppen wie Scientologen, Rekonstruktionisten und Satanisten zu Teil wird – solange zumindest, als sie sich im Rahmen der (Straf-) Rechtsordnung bewegen. Sie alle sind den Eingriffen

staatlicher Organe weitgehend entzogen. Überhaupt steht der Schutz der persönlichen Freiheit der Bürger – als Kernbestand der Zivilreligion – im Zentrum der politischen Ordnungsvorstellungen der Amerikaner. An der Erfüllung dieser Aufgabe bemisst sich die Legitimität jeder staatlichen Machtausübung. Der vitale Patriotismus der amerikanischen Bevölkerung zieht nicht zuletzt hieraus einen seiner stärksten Impulse: im „freiesten Land der Welt“ zu leben, in dem jeder „nach seiner Façon selig“ werden kann.

Selbst Vertreter der „Christlichen Rechten“ fühlen sich der Zivilreligion zutiefst verpflichtet.

Es gibt folglich ein Nebeneinander von Zivilreligion und Religion im herkömmlichen Sinn (religion proper). Dass Letztere in jüngster Zeit politisch zunehmend ins Rampenlicht rückte, ist eine für die USA weitgehend neue Entwicklung. Nicht zuletzt durch das Auftreten der so genannten „Christlichen Rechten“, einer religiös-politischen Bewegung konservativer Protestanten, die das Rad der Geschichte in die 1950er Jahre der Eisenhower-Präsidentschaft zurückdrehen möchten, nahm das „religiöse Lobbying“ in der Bundeshauptstadt Washington DC und in den Hauptstädten der Einzelstaaten eine quantitative wie qualitative bis dahin nicht gekannte Dimension an. Auch wenn viele in den Reihen der „Christlichen Rechten“ zu Recht als „Fundamentalisten“ bezeichnet werden können – ein Begriff, den konservative amerikanische Protestanten Anfang des 20. Jahrhunderts prägten, um ihre Frontstellung gegen den „modernistischen“ Flügel ihrer Glaubensrichtung zum Ausdruck zu bringen – sind sie dennoch keine „Theokraten“. In einen „Gottesstaat“ wollen sie die USA nicht verwandeln: Selbst die schärfsten Kritiker der gesellschaftlichen Entwicklung seit „1968“ fühlen sich der amerikanischen Zivilreligion zutiefst verpflichtet: Freiheit, Demokratie und marktwirtschaftliche Ordnung stehen für sie nicht zur Disposition. Diese Werte bilden für sie – wie für die überwältigende Mehrheit der

amerikanischen Bevölkerung – den dogmatischen Kern des „American Creed“.

Das Nebeneinander von zivilreligiös überhöhtem Patriotismus und konfessioneller Inbrunst, von zivilreligiöser Rhetorik in den öffentlichen Ansprachen der Präsidenten – denn darum handelt es sich primär auch bei George W. Bush – und konfessioneller Gläubigkeit ist für den Europäer nur schwer zu verstehen. Aufklärung über die Rolle der Religion in der amerikanischen Politik und Gesellschaft tut also not. Erfreulicherweise haben die Publikationen zu diesem Themenfeld in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Viele von ihnen, so etwa das Buch „In God We Trust“ von Rainer Prätorius (München 2003), beleuchten unterschiedliche Aspekte des vielschichtigen und schillernden Verhältnisses von Politik und Religion in den USA, stellen die wichtigsten Glaubensgemeinschaften vor und zeichnen deren politische Einflussmöglichkeiten nach. Darin werden Forschungsfragen diskutiert wie: Was bewegt Evangelikale, Katholiken und schwarze Christen in Amerika? Welche Organisationen greifen ihre religiös motivierten politischen Forderungen auf und welchen Erfolg haben ihre Lobby-Aktivitäten? Ist der US-Präsident in seinen außenpolitischen Entscheidungen autonom oder muss er Rücksicht nehmen auf die Wünsche seiner evangelikal-fundamentalistischen, jüdischen oder katholischen Stammwählerklientel? Weitere Arbeiten zu diesem Themenfeld werden hoffentlich folgen, um unsere Kenntnisse weiter zu vertiefen über das uns vertraute und doch so fremde Land USA.

LITERATUR

Brocker, Manfred (Hrsg.) : „God bless America“ Politik und Religion in den USA. Darmstadt 2005 (Primus-Verlag)

Gute Sozialarbeit per Mausklick?

Seit April 2006 ist an der Fakultät für Soziale Arbeit das Fachgebiet Sozialinformatik mit einer Professur vertreten. Doch was hat es mit dieser Verknüpfung aus Mitmenschlichkeit und Computertechnik auf sich?

► Von Helmut Kreidenweis

Erste Szene: Im Kinder- und Jugendheim Berghof kosten Verwaltung und Abrechnung viel Zeit. Ein Zivildienstleistender schreibt ein kleines Computerprogramm, mit dem jetzt alles schneller gehen soll. Nach wenigen Monaten ist der Zivi weg und die Einrichtung kommt ins Schleudern. Ein Praktikant verschlimmbessert die Software, man bastelt ein Jahr lang herum, rechnet schließlich wieder von Hand.

Zweite Szene: Die Heimleiterin gibt sich einen Ruck und entscheidet sich für eine „Profi-Software“. Ein Kollege hat ihr gesagt, das Programm EasyKids sei angeblich nicht schlecht. Der Vertriebsmann des Anbieters ist sympathisch, der Preis zwar happig, doch der Kaufvertrag schnell unterschrieben. Schon bei der Einführung beginnt es zu haken: Eine oberflächliche Null-Acht-Fünfzehn-Schulung, komplizierte Bedienung und häufige Programmabstürze machen die erhoffte Zeiterparnis schon im Ansatz zunichte. Irgendwann arrangiert man sich mit der misslichen Lage, doch vieles wird weiterhin umständlich mit Papierformularen und Excel-Tabellen erledigt.

Dritte. Szene: Den pädagogischen Leiter drücken immer mehr Nachweispflichten seitens des Jugendamtes, das auf Einführung eines elektronischen Berichtswesens drängt. Nach einigen Versuchen mit Word schafft man ein kleines, günstiges Programm dafür an. Doch ein Teil der Sozialarbeiter weigert sich, mit der Software zu arbeiten. Die Daten der Kinder müssen zweifach in Verwaltung und Pädagogik eingegeben werden, zwischen beiden Bereichen sind nach wie vor viele Zettel und E-Mails unterwegs. Und die

Statistiken für Träger und Landesamt werden weiter von Hand geführt, da beide Programme hierfür nicht gerüstet sind.

Zugegeben: Dieses kurze Stück ist frei erfunden, aber keineswegs realitätsfern oder gar überzeichnet. Die Einführung und Nutzung von Informationstechnologie in sozialen Organisationen verläuft bis heute oft wenig geplant und gesteuert. Die von der teuren Technik erhofften Effizienz- und Qualitätsgewinne stellen sich nur spärlich ein oder werden durch unerwünschte Nebenwirkungen aufgezehrt. Dies zeigt sich um so schmerzlicher, je mehr Geschäftsprozesse in IT-Systemen abgebildet werden. Waren es anfangs nur isolierte Verwaltungsvorgänge, so dringt die IT in Form von Spezialprogrammen immer mehr in die Kernbereiche der Sozialen Arbeit vor: Anamnese, Planung, Dokumentation und Evaluation personen- oder familienbezogener Hilfen. Hinzu kommt die tägliche Nutzung von Internet, E-Mail, Office-Software und manches mehr, die auch Fragen des Datenschutzes und der Datensicherheit, der Anwenderunterstützung oder der Gesamtgestaltung der IT-Landschaft einer sozialen Organisation aufwerfen.

Doch weder Forschung noch Ausbildung im Bereich der Sozialen Arbeit haben sich bislang systematisch um das Thema Informationstechnologie gekümmert. An einigen wenigen Hochschulen wurden mittlerweile Professuren dafür geschaffen. Empirische Forschung etwa über die Wirkung des IT-Einsatzes auf die fachlichen Qualität oder zu den softwaretechnischen bzw. organisatorischen Rahmenbedingungen für eine gelingende Einführung gibt es bislang kaum.

Dabei produzieren allein in Deutschland gut 200 Firmen Software für die Sozialwirtschaft, ihre Programme sind täglich in vielen tausenden Einrichtungen im praktischen Einsatz. Im Unterschied zu anderen Branchen sind die Hersteller-Unternehmen bislang kaum mit den Hochschulen vernetzt, Software-Entwicklung und die Entwicklung fachlicher Konzepte sind weitgehend getrennte Welten. So fließen etwa wissenschaftliche Erkenntnisse etwa über eine gelingen-



PHOTOCASE

de Gestaltung von Hilfeplanungsprozessen bislang nicht oder bestenfalls stark gebrochen in die Gestaltung der Programme ein. Die Praxis ist vielfach damit überfordert, fachliche Anliegen in konkrete Software-Anforderungen zu übersetzen.

Doch weshalb gleich eine neue Disziplin? Warum kann die Sozialinformatik nicht einfach bestehenden Fachrichtungen wie der Wirtschafts- oder Verwaltungsinformatik zugeordnet werden? Soziale Dienstleistungsprozesse weisen eine spezifische Logik auf, die sie von administrativen oder industriellen Prozessen unterscheidet. Ein

zentrales Merkmal ist beispielsweise die Koproduktion durch die Adressaten: Soziale Arbeit kann Veränderungsprozesse meist nur initiieren, unterstützen und begleiten, die eigentlichen Veränderung müssen jedoch die Adressaten selbst bewerkstelligen. Dazu müssen sie eng in die

gen in sozialen Organisationen sowie um die wissenschaftlich fundierte Reflexion und Evaluation des Einsatzes dieser Technik. Eine interdisziplinäre Ausrichtung ist für die Sozialinformatik dabei selbstverständlich. Ihre grundlegenden Paradigmen und praktischen Fragestellungen

bezieht sie naturgemäß aus der Sozialen Arbeit und dem Sozialmanagement. Angewandte Informatik, Wirtschafts-, oder Verwaltungsinformatik steuern beispielsweise methodisches Wissen zur Analyse und Abbildung von Geschäftsprozessen in der Software oder zur Entwicklung von Implementations- oder Betriebskonzepten bei. Ihre Wirkung zum Nutzen der Sozialen Arbeit und ihrer Adressaten entfaltet die Sozialinformatik also in einem Dreieck aus Sozialer Arbeit, Informatik und Management

zener der Sozialen Arbeit und ihrer Adressaten entfaltet die Sozialinformatik also in einem Dreieck aus Sozialer Arbeit, Informatik und Management

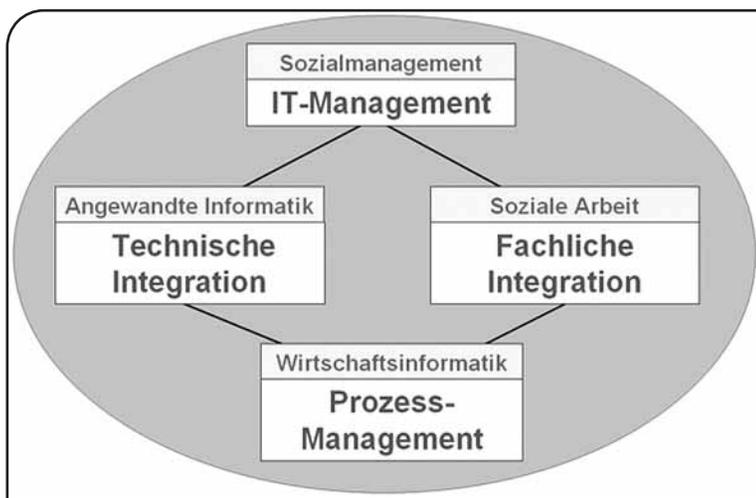
Doch Sozialarbeiter, Bereichs- und Einrichtungsleiter sollen keine Programmierer werden. Die Sozialinformatik versteht sich nicht als Konkurrenz zu den informatischen Kerndisziplinen. Sie will primär als Schnittstelle zwischen Fachlichkeit und Sozialmanagement auf der einen und Technikwissen auf der anderen Seite fungieren. Dazu müssen beispielsweise Analyse- und Planungsmethoden angepasst oder entwickelt werden, die eine sachgerechte und wirtschaftliche Bereitstellung von IT-Lösungen für die Praxis ermöglichen.

Die IT-Nutzung in der Sozialen Arbeit wird künftig nicht nur aus dem Einsatz fachspezifischer Softwarelösungen bestehen. Neue Technik-Anwendungen etwa im Bereich der Online-Beratung oder der computergestützten Hilfen für Menschen mit Handicaps werden neue Fragen produzieren, auf die die Sozialinformatik Antworten finden muss. Neben der Entfaltung der Chancen gilt es hier freilich auch die

ethischen Herausforderungen und Grenzen des elektronischen Helfens kritisch zu reflektieren.

An der KU wird Sozialinformatik im Rahmen des Fachhochschulstudiengangs Soziale Arbeit gelehrt. In Planung ist ein spezieller Master-Studiengang Sozialinformatik, der berufsbegleitend Leitungskräfte für den IT-Bereich in sozialen Organisationen ausbilden will. Eine sorgfältige Abstimmung innerhalb der KU und mit potentiellen externen Partnern findet derzeit statt. An der demnächst eingerichteten Arbeitsstelle für Sozialinformatik sollen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben angesiedelt werden. Zu den geplanten Aktivitäten gehören eine regelmäßige Fachtagung, eine Internet-Plattform, ein IT-Report für die Sozialwirtschaft sowie ein neues Periodikum.

Und wie ging es inzwischen in unserem Kinder- und Jugendheim weiter? Die Heimleitung hat eine Sozialpädagogin mit sozialinformatischer Ausbildung eingestellt, die mit der Hälfte ihrer Arbeitszeit für die Betreuung der IT verantwortlich zeichnet. Nach einer systematischen Bestandsaufnahme empfahl sie, die pädagogischen und verwaltungstechnischen Prozesse so weit wie möglich zu standardisieren und methodengestützt zu dokumentieren. Auf dieser Grundlage wurde auch unter Beteiligung der IT-skeptischen Kollegen ein Anforderungsprofil für eine Fachsoftware erstellt, im Anschluss an eine systematische Marktanalyse gekauft und mit Hilfe eines Stufenkonzeptes erfolgreich eingeführt. Seitdem ist durch fundierte Erfolgsnachweise nicht nur die Akzeptanz des Hauses beim Jugendamt und damit auch die Belegung gesichert. Die früher für Verwaltungsarbeiten oder die Suche nach Unterlagen verwendete Zeit können die Mitarbeiter jetzt in eine qualitativ hochwertige Planung, Dokumentation und Evaluation ihrer Arbeit investieren. Sogar die Kinder werden aktiv daran beteiligt: Ihren Fortschritt bei der Erreichung von Zielen wie selbständiges Erledigen der Hausaufgaben schätzen sie selbst am PC ein und sehen sich gemeinsam mit ihren Erziehern Kurvendigramme an, die ihren Fortschritt dokumentieren.



Interdisziplinäre Dimensionen von Sozialinformatik als Disziplin und angewandte Wissenschaft.

Planung und Auswertung der Hilfeverläufe eingebunden werden, was sich in der Gestaltung der Software widerspiegeln muss. Auch sind diese Prozesse selten linear-logischer Natur, sie erweisen sich vielmehr als sehr dynamisch und zyklisch. Viele Veränderungen im psychischen, familiären oder schulisch-beruflichen Bereich sind nicht vollständig planbar, Ziele müssen gemeinsam mit den Adressaten immer wieder überprüft, angepasst oder neu gesteckt werden, Dokumentations- und Evaluationsmethoden müssen auf diese fachspezifische Dynamik abgestimmt sein. Und schließlich müssen die komplexen Falldaten aufbereitet, verdichtet und mit Finanzdaten in Beziehung gesetzt werden, um die Einrichtungen betriebswirtschaftlich und fachlich sinnvoll steuern zu können.

Nach Wolf Rainer Wendt (2000) übernimmt die Sozialinformatik „fachliche Verantwortung für den Produktionsfaktor Information im System sozialer Dienstleistungen und ihrem Umfeld wahr“. Dabei geht es gleichermaßen um die kritisch-konstruktive Begleitung von IT-Entwicklungsprozessen, die fachgerechte Anwendung von IT-Lösun-



PHOTOCASE

Vom Infomangel zum Infoüberfluss

Medien spiegeln den gesellschaftlichen Wandel wider und prägen diesen gleichzeitig mit. Die rasante Zunahme der Medienangebote fordert sowohl die Nutzer als auch die Medienmacher heraus. Ein Blick zurück nach vorn.

► Von Walter Hömberg

Runde Jubiläen haben ihren eigenen Reiz. Sie synchronisieren das gesellschaftliche Gedächtnis und befördern dadurch eine kollektive Erinnerungskultur. Häufig sind es die Geburts- oder Sterbedaten bedeutender Persönlichkeiten, auf die sich die Aufmerksamkeit konzentriert. In diesem Jahr standen der Dichter Heine und der Musiker Mozart im Zentrum des öffentlichen Interesses. Im letzten Jahr waren es Schiller und Einstein. Ein Ereignis ist dabei fast übersehen worden: Die Geburt der modernen Presse, die sich 2005 zum vierhundertsten Male jährte. Im Sommer des Jahres 1605 hat der Straßburger

Drucker Johann Carolus mit seiner „Relation“ die erste gedruckte Wochenzeitung herausgebracht.

Wenn man sich mit den Entwicklungslinien des Journalismus beschäftigt, dann geht der Blick zunächst zurück. Die Wurzeln lassen sich weit zurückverfolgen – mindestens bis ins Altertum. Der Literaturhistoriker Wilhelm Scherer hat die Spielleute und Minnesänger des frühen Mittelalters als „wandernde Journalisten“ bezeichnet, und der Medienwissenschaftler Werner Faulstich spricht von „Menschmedien“. Die erste große Medientransformation ereignete sich an der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert. Sie findet ihren Ausdruck im Übergang von

den Ad-hoc-Veröffentlichungen zum periodischen Erscheinen. Innerhalb von nur zwei Jahrzehnten beschleunigten sich die Erscheinungsintervalle in enormer Weise: vom jährlich erscheinenden Kalender über die halbjährlich gedruckten Messrelationen bis zu Monatsschriften und Wochenblättern. Die Periodizitätsfolgen entsprechen dabei im allgemeinen den Zyklen der astronomischen Zeit: Jahr, Monat, Tag. Voraussetzungen für diese Entwicklung waren die Erfindung des Satzes mit beweglichen Lettern, die Verbesserung der Drucktechnik, die steigende Bevölkerungsdichte, die wachsende Zahl der Gewerbe und Berufe, die Zunahme des Geldvermögens, die Expansion des Handels und der Ausbau des Post- und Nachrichtenverkehrs.

Gerade die Bedeutung der Post für die Medienentwicklung darf man nicht unterschätzen: Lange vor Erfindung der Telekommunikation hat die Post ein World Wide Web gewebt, das sowohl für den Input in die Medien als auch für die Verbreitung

der Medien selbst von zentraler Bedeutung war und ist. Die frühen periodischen Zeitungen wurden von Personen produziert, die mehrere Berufsrollen in sich vereinigten: Die meisten Verleger bzw. Herausgeber waren zugleich Buchdrucker oder Postmeister, saßen also an den Schaltstellen der technischen Herstellung oder des Nachrichtenverkehrs. Der Inhalt der Zeitungen stammte von neben- oder teilberuflich arbeitenden Korrespondenten, die im Hauptamt Diplomaten, Hofsekretäre, Amtsschreiber oder Kaufleute waren. Für die „Hofzeitungen“ fielen gelegentlich auch Brosamen aus den Fürstenkorrespondenzen ab.



PHOTOCASE

Ein Sprung von 200 Jahren zeigt einen weiteren wichtigen Entwicklungsschritt: Beim Wechsel vom 18. zum 19. Jahrhundert, in der Periode des schriftstellerischen Journalismus, wurde die Autorenexistenz immer mehr zum Zentrum eigenständiger Erwerbstätigkeit. Eine Wende brachte vor allem die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts. Angetrieben durch den Motor Industrialisierung, führten wachsende Informationsbedürfnisse in der Gesellschaft zu einem immer vielfältigeren Medienangebot und mit der Dauerhaftigkeit dieser Aufgaben auch zu einer beruflichen Verfestigung journalistischer Tätigkeiten: Nachrichtenbeschaffung und Nachrichtenbearbei-

tung ließen sich nicht mehr nebenher betreiben, der redaktionelle Journalismus wurde zum eigenständigen Beruf.

Die Beschleunigung des Nachrichtenverkehrs, zunächst durch Eisenbahn und Dampfboot, später durch Telegrafie und Telefonie, führten zusammen mit neuen Produktionsverfahren zu gesteigerter Aktualität in der Medienkommunikation. Noch gab es keinen Aktualitätsfetischismus: Vom Sieg Napoleons in der Schlacht bei Austerlitz berichtete die „Spenersche Zeitung“ in Berlin erst 17 Tage später. Und der Tod Napoleons am 5. Mai 1821 wurde von der „Times“ in London als erster Zeitung erst zwei Monate später gemeldet. Die Tendenz ging jedoch in Richtung Gleichzeitigkeit von Ereignis und Rezeption. Mit den neuen Telemedien des vergangenen Jahrhunderts, mit Hörfunk und Fernsehen ist diese erreicht. Damit hat sich eine neue Dimension der Medienzeit aufgetan: die Simultanität.

Zwei Entwicklungstrends des Journalismus lassen sich im 19. Jahrhundert besonders gut studieren: die Expansion und die Differenzierung. Als Beispiel sei die „Neue Zürcher Zeitung“ genannt. Im Jahre 1840 erschien dieses schweizerische „prestige paper“ dreimal pro Woche, ab 1894 dreimal am Tag. Während 1840 nur ein Redakteur das Blatt redigierte, waren es 1894 schon sechs Redakteure. Der Output an Nachrichten verdoppelte sich regelmäßig von Jahrzehnt zu Jahrzehnt. Parallel zur Expansion verlief die interne Differenzierung: Im genannten Zeitraum entstanden, hervorgegangen aus Sparten bzw. Rubriken, die meisten der großen Ressorts, die noch heute das Gesicht des Blattes prägen: Inland, Ausland, Wirtschaft, Feuilleton und Lokales.

Expansion und Differenzierung – was zeigt sich, wenn wir wiederum knapp 200 Jahre, diesmal direkt in die Gegenwart springen? Zunächst Expansion: In immer kürzeren Zeitabständen sind neue Medien auf die Welt gekommen: Foto – Film – Radio – Schallplatte – Tonband und Tonkassette – Fernsehen – Video – CD-ROM – Online-Medien ... Für die Expansion innerhalb der einzelnen Medienfelder nur zwei Beispiele:

die Zeitschrift und der Rundfunk. Der letzte Medienbericht der deutschen Bundesregierung, erschienen 1998, nennt die Zahl von 1673 Publikumszeitschriften mit einer Gesamtauflage von annähernd 130 Millionen Exemplaren. Die Zahl der Zeitschriften insgesamt ist jedoch um ein Vielfaches höher – bei der Deutschen Bibliothek sind rund 100 000 laufende periodische Druckwerke aus dem deutschen Sprachraum registriert.

Besonders dynamisch hat sich seit Einführung des dualen Systems vor zwei Jahrzehnten das Angebot an Rundfunkprogrammen entwickelt: Per Kabel lassen sich heute durchschnittlich knapp 40, per Satellit etwa 50 Fernsehprogramme pro Haushalt empfangen. Immer mehr davon laufen inzwischen rund um die Uhr. Das „Testbild“, früher ruhender Pol für meditativ veranlagte Zuschauer, ist längst abgeschafft. Die Zahl der Hörfunkprogramme in Deutschland liegt bei etwa 400. Allein in Berlin kämpfen bald 40 Programme um die Luft-höhe über den Frühstückstischen. In Bayern werden rund 70 lokale Programme ausgestrahlt.

Wir stehen mitten in einer neuen Medientransformation. Manches erinnert an die Siebzigerjahre. Im Rückblick lassen sich etliche Voraussagen von damals nur als „Prognoseschrott“ bezeichnen. So erschien 1970 ein Buch mit dem Titel „Ein Medium kommt auf die Welt“, in dem unter anderem ein hymnisches Lob auf die Bildplatte gesungen wurde. Dieses neue Medium wurde ein Flop – genauso wie der Bildschirmtext, dem ebenfalls eine rasche Verbreitung attestiert worden ist.

Angesichts des Ausbaus des technischen Kommunikationssystems bildeten sich schnell jene Fronten, die jedem Prognosehistoriker bestens bekannt sind: Auf der einen Seite die Apologeten, die die Zukunftschancen beschworen, die ökonomischen Vorteile, den Nutzen für jeden Einzelnen – auf der anderen Seite die Apokalyptiker, die vor allem die gesellschaftlichen Folgen ins Visier nahmen und eindringlich warnten vor Kulturverfall, Desintegration, rückläufigen Sozialbeziehungen. Während vor dreißig Jahren die skeptischen Stimmen überwo-

gen, waren vor zehn Jahren die euphorischen Stimmen in der Überzahl. Inzwischen sind schon die ersten Todesanzeigen für die klassischen Massenmedien erschienen: „Die Zeit der Massenmedien ist vorbei. Sowohl in der Medientheorie wie auch in der praktischen Realität“, schreibt etwa der Kommunikationswissenschaftler Thomas A. Bauer.

Solche Diagnosen und Prognosen lassen jede historische Tiefenschärfe vermissen. Es gilt an ein Grundgesetz der Medienentwicklung zu erinnern, dass ein Redakteur der „Nordbayerischen Zeitung“ in Nürnberg bereits vor mehr als neunzig Jahren formuliert hat, und zwar ausgerechnet in einem Buch über das Nachrichtenwesen der Römer. Es besagt, dass „die einfachsten Mittel, Formen und Methoden, wenn sie nur einmal eingebürgert und brauchbar befunden worden sind, auch von den vollkommensten und höchst entwickelten niemals wieder gänzlich und dauernd verdrängt und außer Gebrauch gesetzt werden können, sondern sich neben diesen erhalten, nur daß sie genötigt werden, andere Aufgaben und Verwertungsgebiete aufzusuchen“. So Wolfgang Riepl im Jahre 1913.

Auf dem Friedhof der Kommunikationsmittel sind zwar unzählige Einzelmedien begraben: Zeitungen und Zeitschriftentitel und inzwischen auch schon Hörfunk- und Fernsehsender – aber bisher hat noch jede Medienart und Mediengattung überlebt. Entsprechend dem Komplementaritätsgesetz haben die Monatsschriften die Jahreskalender nicht verdrängt, die Tageszeitungen nicht die Wochenblätter, der Rundfunk nicht die Presse und auch die Online-Medien nicht ihre älteren Geschwister. Viele alte Medien haben in veränderten technischen und politisch-sozialen Situationen sogar eine neue Blüte erlebt – etwa die Ad-hoc-Medien Flugblatt und Wandzeitung während der Studentenrevolte vor gut drei Jahrzehnten. Knappes Zwischenresümee: „Survival of the fittest“ – für Einzelmedien trifft das zweifellos zu, aber für Mediengattungen und Medienarten gilt nicht Darwin, sondern Riepl.

Zu Beginn der Neuzeit flossen die Informationen äußerst spärlich. Die so genannten Neuen Zeitungen konzentrierten sich meist auf einzelne Ereignisse mit Sensationsscharakter. Besonders die Nachrichtentypen Menetekel und Mirakel waren gefragt. Auch die Produzenten der ersten periodischen Zeitungen hatten vor allem mit dem Mangel zu kämpfen. Um ihre „Relationen“ und „Avisen“ mit Nachrichten aus dem In- und Ausland zu füllen, mussten sie immer wieder Tricks anwenden: Größere Schrifttypen und Schlussvignetten halfen dabei, die maximal acht Druckseiten pro Woche im kleinen Oktavformat voll zu bekommen. Die Zahl der Titel wuchs dann rasant, an die Seite der Nachrichtenblätter traten Zeitschriften, die sich mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten an verschiedene Zielgruppen richteten, und die Erscheinungszeiträume wurden kürzer.

In der Gegenwart nun haben die Probleme der Fülle die Probleme des Mangels abgelöst. Die Expansion der alten und neuen Medienangebote wurde schon dargestellt. Hinzu kommt als ganz neuer Kommunikationsraum das Internet: Heute gibt es weltweit mehr als 550 Milliarden Internet-Seiten, und täglich kommen rund sieben Millionen dazu. Neben dieser schier unermesslichen Menge möglicher „Abrufinformationen“ bedrängt uns eine Vielzahl unerbetener – und häufig unerwünschter – Botschaften. Der Wettbewerb der Medien führt zu immer mehr Angeboten. Die Nachrichtenkanäle des Fernsehens bombardieren uns oft mit drei Sendungen gleichzeitig: oben die Sprecher und die Filmberichte, unten zwei parallel eingeblendete Laufbänder mit Schlagzeilen und Börsenkursen. Und die Werbung verstopft nicht nur unsere Briefkästen, sondern quillt auch aus den Lautsprechern der Supermärkte und Ladenketten, wird ausgespuckt von den Faxgeräten und flimmert über die Bildschirme der PCs. Spam, der parasitäre E-Mail-Müll, macht heute etwa die Hälfte des weltweiten Mail-Aufkommens aus.

Der Kampf um Aufmerksamkeit läuft also an vielen Fronten. Da mag einem ein Begriff aus der Militärsprache in den Sinn kommen: Overkill - zu deutsch: „das Vorhandensein

von mehr Waffen, als nötig sind, um den Gegner zu vernichten“. Aber diese Vokabel trifft es nicht. Die meisten dieser Botschaften sind ja eher Lockstoffe – oder Schaumstoffe oder Traumstoffe.

Brauchen wir angesichts der Fülle der Informationen, die potenziell und tendenziell ja jedermann zugänglich sind, noch Journalisten? Klare Antwort: Ja, wir brauchen sie – und zwar gerade wegen dieser Fülle. Ihre Aufgaben und Funktionen werden sich allerdings teilweise verändern. Zum einen muss der Journalist der Zukunft sich mehr als bisher als Lotse in der Informationsflut begreifen. Im World Wide Web kann jeder Empfänger auch zum Sender werden – die Vision Bertolt Brechts ist hier weitgehend realisiert. An das große Schwarze Brett des Internets kann jeder seine Botschaften heften – auch der Spekulant, der Intrigant, der Querulant, der Päderast, der Kannibale und der Nachrichtenfälscher. Umso wichtiger ist die Qualitätskontrolle nach den Regeln journalistischer Professionalität.

Zum anderen verändert auch der soziale Wandel die Erwartungen der Leser, Hörer und Zuschauer. Durch die zunehmende Individualisierung der Lebensführung haben die herkömmlichen sozialen Netze an Bedeutung verloren. Die Entwicklung zur „Multioptionsgesellschaft“, die der Soziologe Peter Gross analysiert hat, ist janusköpfig: Auf der einen Seite bedeutet sie größere Wahlfreiheit, auf der anderen Seite Orientierungsverlust. Deshalb boomt das Beratergewerbe. Anlageberater, Rechtsberater, Steuerberater, Unternehmensberater, Einrichtungsberater, Erziehungsberater, Ernährungsberater, Lebensberater ganz unterschiedlicher Provenienz: „McKinsey kommt“ – inzwischen auch zum kleinen Mann.

Orientierung wird heute ebenfalls zunehmend von den Massenmedien erwartet: Sei es Orientierung im Konsumdschungel durch Verbraucherberatung oder Orientierung bei der Lebensführung durch psychosoziale Lebenshilfe. Das führt dazu, dass die Ratgeber-, Service- und Orientierungsfunktion im journalistischen Rollenmix stark an Bedeutung gewinnt.

Zufriedenheit als Lippenbekenntnis?

Kundenzufriedenheit wird in der Regel als wichtiges Unternehmensziel gesehen und entsprechend erfasst. Doch in vielen Firmen werden die gewonnenen Erkenntnisse laut einer Studie der KU nicht systematisch umgesetzt.

► Von Bernd Stauss

Wissenschaft und Praxis weisen dem Thema „Kundenzufriedenheit“ seit langem einen großen Stellenwert zu. Diese hohe Gewichtung ist Reflex realer Marktverhältnisse. Je mehr Unternehmen auf gesättigten Märkten mit hoher Wettbewerbsintensität agieren, desto stärker hängt ihr Überleben von der Fähigkeit ab, den Kunden Produkte anzubieten, die sie zufrieden stellen. Dieser Sachverhalt gilt schon lange als Selbstverständlichkeit und die Unternehmenspraxis hat daraus Konsequenzen gezogen. Sehr viele Unternehmen bekennen sich explizit zur Kundenzufriedenheit als Unternehmensziel und führen regelmäßig Zufriedenheitsbefragungen durch. Dennoch fehlt es bisher an empirisch gesichertem Wissen über die Realität der unternehmerischen Nutzung von Zufriedenheitsinformationen. Es herrscht weitgehende Unkenntnis darüber, welchen Stellenwert die Kundenzufriedenheit im Zielsystem von Unternehmen tatsächlich ein-

nimmt und wie die Ergebnisse aus Zufriedenheitsbefragungen für konkrete Managementzwecke genutzt werden. Die branchenübergreifende Studie „Zufriedenheitsmanagement in Deutschland“ die vom Lehrstuhl für Dienstleistungsmanagement der KU in Zusammenarbeit mit der Servicebarometer AG (München) durchgeführt wurde, gibt nun einen Einblick in den aktuellen Stand des Zufriedenheitsmanagements in deutschen Unternehmen.

Zielsetzung der Studie ist die Beantwortung der Fragen, welche strategische Bedeutung die Kundenzufriedenheit in deutschen Unternehmen besitzt, auf welche Weise Daten zur Kundenzufriedenheit ermittelt und ausgewertet werden und in welchem Maße die Ergebnisse unternehmensinternen Verwendung finden. In Bezug auf den Aspekt der Informationsnutzung werden vor allem zwei potenzielle Anwendungsfelder untersucht: das Qualitätsmanagement und die interne Verhaltenssteuerung. Alle relevanten Konzepte des Qualitätsmanagements – wie etwa die ISO 9001:2000 – betonen die Relevanz der Kundenzufriedenheit und ihrer Messung. Denn in den Zufriedenheitsergebnissen spiegelt sich der Qualitätseindruck des Kunden wider, d.h. es wird der Grad der Übereinstimmung von erwarteter und wahrgenommener Qualität aus Kundensicht festgestellt. Insofern ist anzu-

nehmen, dass Zufriedenheitsinformationen im Qualitätsmanagement eine besonders hohe Beachtung finden.

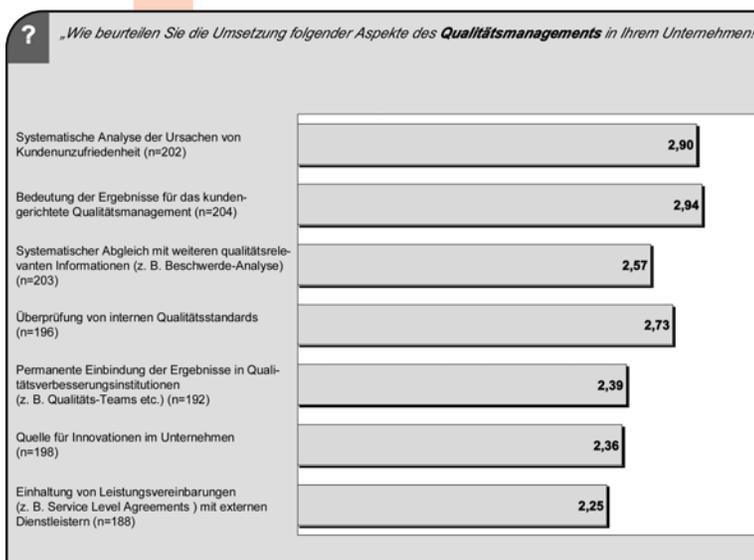
Ein zweiter untersuchter Handlungsbereich der Zufriedenheits-Informationsnutzung ist die interne Verhaltenssteuerung. Wird Kundenzufriedenheit als Unternehmensziel ernst genommen, dann erscheint es nur konsequent, Kundenzufriedenheitsziele in die Zielvereinbarungen von Mitarbeitern unterschiedlicher Hierarchiestufen aufzunehmen und die Entlohnung zumindest partiell an das Erreichen dieser Ziele zu binden. Dies setzt aber eine permanente Erfassung und Berücksichtigung von Zufriedenheitsinformationen voraus.

Um zu überprüfen, inwieweit diese konzeptionell plausiblen Nutzungen tatsächlich erfolgen, wurde eine Befragung unter Marketingleitern und Verantwortlichen des Kundenzufriedenheitsmanagements durchgeführt. Dabei erfolgte eine Fokussierung auf Unternehmen aus dem Business-to-Customer-Bereich von Großunternehmen mit in der Regel mehr als 1000 Mitarbeitern und Jahresumsätzen von über 500 Mio. Euro. Von 2.203 versendeten Fragebögen wurden 211 verwertbare Antworten zurückgeschickt, was einer Rücklaufquote von 9,58 Prozent entspricht.

Die Ergebnisse zeigen ein ambivalentes, wenn nicht sogar widersprüchliches Bild. Einerseits wird dem Ziel der Kundenzufriedenheit großes Gewicht beigegeben, andererseits fällt die faktische Nutzung von Zufriedenheitsinformationen für Managemententscheidungen nur gering aus.

Die überwältigend große Mehrheit von 97 Prozent der Unternehmen gibt an, dass Kundenzufriedenheit ein zentrales Ziel darstellt; in 94 Prozent der betrachteten Fälle stehen alle Mitglieder der Unternehmensleitung hinter dem Ziel der Kundenzufriedenheit und in immerhin 83 Prozent der Unternehmen sind alle Fachabteilungen von der Bedeutung der Kundenzufriedenheit überzeugt. Die konkrete Verwendung von Zufriedenheitsinformationen für Mana-

Abb. 1: Nur in knapp der Hälfte aller befragten Unternehmen erhält das Qualitätsmanagement (QM) überhaupt einen Bericht zur Kundenzufriedenheit. Entsprechend gestalten sich konkrete Maßnahmen des QM (gemessen auf 4er-Skala; 4= voll realisiert).



gemententscheidungen entspricht aber keineswegs diesem beeindruckenden Bekenntnis zum Ziel der Kundenzufriedenheit.

So erhält das Qualitätsmanagement nur in knapp der Hälfte aller befragten Unternehmen überhaupt einen Bericht zur Kundenzufriedenheit. Dementsprechend fallen auch die Werte für die konkreten Maßnahmen zur Nutzung von Zufriedenheitswerten im Qualitätsmanagement aus. Gemessen auf einer 4er-Skala (mit 4 = voll realisiert) ist der Umsetzungsgrad durchschnittlich am höchsten in Bezug auf eine systematische Ursachenanalyse der Kundenzufriedenheit (2,90), in besonders geringem Maße werden Zufriedenheitswerte als Quelle für Innovationen im Unternehmen herangezogen (2,36) (siehe Abbildung 1).

In Bezug auf den zweiten Bereich der Zufriedenheits-Informationennutzung, die Verhaltenssteuerung ist im Durchschnitt ebenfalls kein hoher Realisierungsgrad festzustellen. Für Führungskräfte ist in gerade 20 Prozent der Unternehmen die Berücksichtigung von Zufriedenheitswerten in Zielvereinbarungen „voll realisiert“ und nur zu 13 Prozent ist Managerentlohnung tatsächlich an das Erreichen von Zufriedenheitszielen geknüpft. Bezüglich der Mitarbeiter im Kundenkontakt zeigt sich ein noch geringerer Umsetzungsgrad. Nur 13 Prozent der Unternehmen integrieren Zufriedenheitswerte in Zielvereinbarungen, eine Minderheit von 7 Prozent verbindet die Erreichung der Zufriedenheitsziele mit materiellen Anreizen.

Wenn Unternehmen – wie in den untersuchten Fällen – einem starken Wettbewerb ausgesetzt sind, die Unternehmensleitung Kundenzufriedenheit als unternehmerisches Ziel hoch gewichtet, auch die potenziellen Informationsnachfrager dieses Ziel teilen, Kundenzufriedenheit routinemäßig gemessen wird, aber dennoch nur eine begrenzte Informationsnutzung erfolgt, dann wirft dies die Frage nach den Ursachen auf. Die Forschung zur Nutzung von Marktinformationen hat seit etwa 1980 zur Identifikation einer Fülle möglicher Determinanten geführt und gibt somit auch wichtige

Hinweise auf Einflussfaktoren für die Nutzung bzw. Nicht-Nutzung von Zufriedenheitsinformationen. Nach Untersuchungen zur Informationsqualität spricht viel für die Annahme, dass die wahrgenommene Relevanz der Information für den Adressaten entscheidende Bedeutung hat. Insofern ist der Frage nachzugehen, ob die Ursache für mangelnde Informationsnutzung auch in der unzureichenden Relevanz der gelieferten Zufriedenheitsinformationen zu suchen ist. Bei dieser Betrachtung wird von der vorherrschenden Praxis der Zufriedenheitsmessung ausgegangen, wie sie in der Zufriedenheitsmanagement-Studie ermittelt wurde. Danach wird die Routine-Zufriedenheitsmessung vorwiegend im Jahresrhythmus durchgeführt, und es wird in standardisierter Form neben der Globalzufriedenheit auch die Zufriedenheit mit einer begrenzten Zahl von Leistungsmerkmalen erhoben.

Inwieweit die so generierten Daten für potenzielle Empfänger relevant sind, sei an den Beispielen des Qualitätsmanagements und der internen Verhaltenssteuerung diskutiert. Zu den wesentlichen Aufgaben des Qualitätsmanagements gehört es, die Einhaltung von Qualitätsstandards zu überwachen, schnell Qualitätsmängel zu erkennen und unmittelbare Korrekturmaßnahmen zu ergreifen. Für diese Zwecke sind die Ergebnisse von standardisierten Zufriedenheitsbefragungen in der Regel nicht aktuell und konkret genug, was die geringe Nutzung von Zufriedenheitswerten im Qualitätsmanagement verständlich macht.

In Bezug auf die Unternehmensleitung besteht hinsichtlich der Nutzung von Zufriedenheitsinformationen die Erwartung, dass sie diese zur Steuerung des Verhaltens von Organisationsmitgliedern einsetzt. In der Realität aber werden Topmanager nicht nach dem Grad der Kundenzufriedenheit beurteilt, sondern danach, inwieweit es ihnen gelingt, ökonomische Größen, z.B. eine Steigerung des Unternehmenswertes, zu erreichen. Insofern ist der Druck zur Verwendung von Zufriedenheitsdaten zur Managementsteuerung eher gering. Der Einsatz von Zufriedenheitswerten zur Steuerung des Mitarbeiterverhaltens erscheint

vor allem dort angebracht, wo die Mitarbeiter durch ihr eigenes Verhalten die Kundenzufriedenheit beeinflussen können. Doch für eine entsprechende Bewertung ist vor allem eine unmittelbare und auf die einzelne Interaktion bezogene Zufriedenheitsbefragung sinnvoll, während die generellen Ergebnisse einer jährlichen Zufriedenheitsbefragung für Steuerungszwecke weniger geeignet sind.

Nach dieser Analyse erscheint es durchaus denkbar, dass die diagnostizierte geringe Nutzung von Zufriedenheitsinformationen auch auf die mangelnde Eignung der Informationen für die jeweilige Aufgabenerfüllung zurückzuführen ist.

Angesichts der Ergebnisse der Zufriedenheitsmanagement-Studie stehen die internen Anbieter von Zufriedenheitsinformationen vor der Aufgabe, sich intensiver mit den Gründen für die unzureichende Nutzung auseinanderzusetzen. Hierfür bietet die Frage nach der Relevanz der Zufriedenheitsinformationen für die internen Zielgruppen einen plausiblen Ausgangspunkt. Das Zufriedenheitsmanagement hat selbst die Maxime der Kundenorientierung zu beachten und differenziert den Informationsbedarf der verschiedenen internen Kundengruppen zu eruieren. Damit verbunden ist die Notwendigkeit, im Bereich der Zufriedenheitsmessung das methodische Instrumentarium zu erweitern und die standardisierte Routine-Zufriedenheitsbefragung durch das Angebot kurzfristig einsetzbarer und qualitativer Messmethoden (wie Follow-Up-Befragungen, Fokusgruppen-Interviews oder den Einsatz von Mystery Shopping) zu ergänzen. Zudem ist die wahrgenommene Relevanz der Informationen zu erhöhen, indem die statistischen Durchschnittsangaben durch qualitative Erkenntnisse und eine Interpretation der Daten komplettiert und die traditionelle Informationsdienstleistung durch ein Beratungsangebot ergänzt wird. Nur durch solche Anstrengungen erscheint es möglich, die Lücke zwischen dem Umfang an Zufriedenheitsmessung einerseits und Informationsnutzung andererseits zu reduzieren.

In der Ruka, dem traditionellen Wohnhaus der Mapuche in Chile, können heute Touristen übernachten.



HAUSWALD

Eine Reise zu den anderen

Die kulturelle Differenz von Gastgebern und Gästen macht Ethnotourismus attraktiv. Ethnizität jenseits folkloristischer Inszenierung bietet den indigene Gruppen Chiles Partizipationsmöglichkeiten auf dem globalen Tourismusmarkt.

► Von Oliver Hauswald

Nach einem kleinen Ausflug zur Insel Llepu im Budi-See kehren wir ins Haus der Familie Nahuel zurück. Rosalia hat bereits das Essen gekocht und die ganze Familie, nebst Großmutter und Kindern, versammelt sich am Tisch. Als europäischer Gast fühlt man sich anfangs fremd im Haus dieser Mapuche-Familie im Süden Chiles. Der Boden besteht aus gestampftem Lehm, die Ausstattung der Küche ist spartanisch und die bunten Trachten und Kleider mit denen die Tourismusbroschüren die Ureinwohner Chiles bewerben, sucht man hier vergebens. Trotzdem hat man nicht das Gefühl, etwas zu vermissen. Im Gegenteil: bei einem gemeinsamen Mate-Tee

kommt es zu einem intensiven Gespräch, bei dem beide Seiten sich für den jeweils anderen interessieren. Der Besucher erhält das Gefühl, einen authentischen Einblick in die räumliche und gedankliche Lebenswelt dieser indigenen Familie zu bekommen. Abseits der touristischen Massenströme sieht man sich selbst in der Erfüllung einer grundlegenden Reisemotivation: „Land und Leute kennen lernen“.

Dieses Beispiel verdeutlicht wie Ethnotourismus funktionieren kann. Die Attraktivität dieser Begegnung entsteht vor allem aus der kulturellen Differenz zwischen Gästen und Gastgebern. Insbesondere indigene Gruppen, denen zu meist eine gewisse Exotik unterstellt

wird, sind häufig Ziel einer solchen Reise. Die „Indianer“ Nord- und Südamerikas beispielsweise, die Aborigines in Australien oder die Tuareg in der Sahara evozieren Vorstellungen von angepasster Lebensweise und einer Kosmologie, die scheinbar einen Gegenentwurf zur westlich-globalen Hegemonialkultur darstellen. Aus touristischer Sicht werden Ethnizität und kulturelle Praxis damit zu einem Wirtschaftsgut, das (auch aktiv) in Wert gesetzt werden kann. Die Untersuchung touristischer Partizipationsmöglichkeiten lokaler indigener Gruppen im globalen Tourismusmarkt bildet den Fokus eines auf zwei Jahre angelegten DFG-Forschungsprojekts unter Leitung von Prof. Dr. Hans Hopfinger (Lehrstuhl für Kulturgeographie). Dabei geht es nicht um den Ausverkauf von angeblich „authentischer“ Kultur oder deren folkloristischer Inszenierung. Im Blickpunkt steht vielmehr der tägliche Umgang mit Ethnizität, Identität und Tourismus und zwar aus der Perspektive der indigenen Gruppen selbst.

Chile bietet hervorragende Bedingungen für eine derartige Untersuchung. Der Tourismus hat sich in den letzten Jahren zu einem bedeutsamen Wirtschaftsfaktor entwickelt. Für die primär auf Exportprodukten (Kupfer, Früchte, Holz etc.) basierende Ökonomie bietet er eine wichtige wirtschaftliche Diversifikation. Zudem erkennt der chilenische Staat seit 1993 acht indigene Minderheiten als so genannte „pueblos originarios“ an. Jahrzehntlang waren diese Gruppen einer „Chilenisierung“ ausgesetzt – die kulturelle Vielfalt des Landes sollte in einer einheitlichen chilenischen Gesellschaft aufgehen.

Die heute wieder einsetzende Betonung kultureller Eigenständigkeit führt zu einer auch politisch forcierten Re-Ethnisierung. Aus dem lange vorherrschenden Diktum „Somos Chilenos“ („Wir sind Chilenen“) wird wieder ein vielstimmiges „Somos Aymaras“ oder „Somos Mapuche“. Ziel ist dabei nicht nur die Stärkung der eigenen Identität und der Abbau von Ressentiments, auch der Tourismus soll davon profitieren. So bietet beispielsweise die staatliche Indigenenbehörde CONADI eine zweimonatige Fortbildung an einer Universität in Kanada an. Diese soll primär dazu dienen, die indigene Identität touristisch zu kontextualisieren. Dabei dienen die „First Nations“ in Kanada als an-

schauliches und vor allem erfolgreiches Beispiel ethnotouristischer Inwertsetzung.

Dieses Beispiel verdeutlicht auch, dass „indigen sein“ nicht gleichzusetzen ist mit (technologischer) Rückständigkeit. Telefon, Fernsehen und zahlreiche Internetplattformen dienen zur globalen Kommunikation und zum Informationsaustausch mit anderen Gruppen. Im Haus der Familie Nahuel gibt es zwar keine Dusche, dafür aber ein Mobiltelefon.

Im bisher durch Natur- und Erlebnistourismus gekennzeichneten Angebotsspektrum Chiles werden nun kulturelle Akzente gesetzt. Insbesondere diese Initialphase ethnotouristischer Entwicklung ist für den Forschungskontext von Bedeutung. Die Aushandlungen von Partizipations- und Integrationsstrategien bilden die Basis einer vergleichenden Untersuchung, die im Spiegel einer kulturalistischen Humangeographie versucht, grundlegende Parameter eines solchen Prozesses aufzuzeigen. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Übertragbarkeit sollen die Ergebnisse auch im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit reflektiert werden. Zunehmend unterstützten auch deutsche Organisationen, wie beispielsweise der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) oder die Gesellschaft für

Technische Zusammenarbeit (GTZ) Projekte, die einen nachhaltigen Tourismus als Teil der regionalen Entwicklung sehen.

Die Komplexität der Problematik wird am Beispiel der Mapuche deutlich. Diese mit ca. 600.000 Mitgliedern größte indigene Gruppe in Chile hat eine schwierige Position innerhalb der chilenischen Gesellschaft. Die Mapuche werden als kulturelles Aushängeschild Chiles vermarktet, ihr Antlitz findet sich auf Broschüren und Geldstücken, und sie werden immer mehr zu einem Teil der nationalen Geschichtsschreibung und Identität. Gleichzeitig gibt es einen latent spürbaren Rassismus; die ökonomische und soziale Marginalität, Kennzeichen vieler indigener Gruppen, führt zu Konflikten mit der Staatsmacht und einige Mapuche wurden als „Terroristen“ zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Insbesondere die jüngere Generation steht vor der schwierigen Wahl, sich entweder weiter in die chilenische Gesellschaft einzuordnen oder die häufig wenig bekannte, eigene indigene Identität anzunehmen und auszufüllen. Gerade auch vor diesem gesellschaftspolitischen Hintergrund muss die touristische Entwicklung reflektiert werden, steht doch zu erwarten, dass die Folgen nicht nur die Touristen betreffen.



Pucon – im Hintergrund der Vulkan Villarica – ist Tourismuszentrum und Lebensraum der Mapuche zugleich.

Prof. Dr. Sabine Ullmann



SCHULTE STRATHAUS

„Professur für Landesgeschichte mit besonderer Berücksichtigung Bayerns“ – auf den ersten Blick erscheint die Beschreibung des Forschungsfeldes von Professor Sabine Ullmann eher einschränkend. „Die Landesgeschichte als spezifischer Forschungszugriff bietet jedoch einen viel tieferen und differenzierteren Einblick in kleinere Einheiten. Sie ermöglicht einen mikrogeschichtlichen Zugriff“, schwärmt Ullmann, die das Fach seit Juni an der KU vertritt. Sie bezeichnet sich selbst als überzeugte Landeshistorikerin und betont die Relevanz der Landesgeschichte für die Studierenden: „Lernen an und in der Region ist gerade im Schulunterricht – und somit auch für zukünftige Lehrer – wichtig.“

Nicht nur Lehramtsstudierenden will Ullmann frühzeitig Praxisnähe vermitteln, beispielsweise bezogen auf kulturelle Vermittlungsarbeit sowie Archiv- und Museumsarbeit. Eichstätt liegt am Schnittpunkt der Regionen Oberbayern, Franken und der Oberpfalz; Sabine Ullmann möchte sich diesen drei Teilregionen bezogen auf das Spätmittelalter und die Frühe Neuzeit widmen. Bereits an der Universität Augsburg befasste sie sich mit dem Landjudentum in Schwaben und möchte ihre Forschung nun auf Franken ausweiten. Das damalige Zusammenleben von Juden und Christen auf dem Land sieht sie aufgrund der bislang gewonnenen Erkenntnisse als „multi-kulturelles Laboratorium der Frühen Neuzeit“.

Prof. Helmut Kreidenweis

Der Sozialbereich hat sich mittlerweile zu einem Wirtschaftszweig mit großem Umsatz und Potenzial entwickelt. Im Zuge einer betriebswirtschaftlichen Professionalisierung kommt auch verstärkt Informationstechnologie zum Einsatz. „Vor allem kleinen und mittleren Trägern ist oft nicht bewusst, dass IT Teil der Unternehmensstrategie sein muss“, sagt Professor Helmut Kreidenweis. Seit April ist er Inhaber der neu geschaffenen Professur für Sozialinformatik an der Fakultät für Soziale Arbeit. Bei Kreidenweis' Stelle handelt es sich um eine halbe Professur, parallel betreibt er mit seiner Firma KI Consult IT-, Internet- und Marketingberatung für soziale Organisationen. „Ich habe mich bewusst für

diese Stelle entschieden, weil sie mir weiterhin meine Tätigkeit in der Praxis ermöglicht. Aus den Projekten kann ich für die Wissenschaft schöpfen – und umgekehrt“, sagt Kreidenweis. IT dürfe in sozialen Organisationen niemals Selbstzweck sein, sie solle idealerweise Freiräume von Verwaltungsarbeit schaffen. Daher sollen seine Studierenden nicht nur den souveränen Umgang mit fachspezifischer Software lernen, sondern dabei auch fachliche Aspekte der Sozialen Arbeit hinterfragen, da Software die alltäglichen Arbeitsabläufe strukturiere. Grundsätzlich möchte Kreidenweis mit seiner Tätigkeit die Bereiche Soziale Arbeit, Informatik und Sozialmanagement verbinden.



SCHULTE STRATHAUS

AUTOREN DIESER AUSGABE

Dr. Nina Baur, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Soziologie und empirische Sozialforschung; ab Oktober 2006 Juniorprofessorin am Institut für Soziologie der TU Berlin

Prof. Dr. Manfred Brocker, Lehrstuhl für Politische Theorie und Philosophie

Oliver Hauswald, wiss. Mitarbeiter am Lehrstuhl für Kulturgeographie

Prof. Dr. Walter Hömberg, Lehrstuhl für Journalistik I.

Dr. Michael Kleinherne, Lehrbeauftragter für Kreatives Schreiben am Lehrstuhl für Didaktik der deutschen Sprache und Literatur und am Sprachenzentrum der KU sowie freier Journalist und Lehrer

Prof. Helmut Kreidenweis, Professur für Sozialinformatik

Prof. Dr. Siegfried Lamnek, Lehrstuhl für Soziologie und empirische Sozialforschung

Prof. Dr. Klaudia Schultheis, Lehrstuhl für Grundschulpädagogik und Grundschuldidaktik

Prof. Dr. Bernd Stauss, Lehrstuhl für ABWL und Dienstleistungsmanagement

+++ PERSONEN ++ GREMIEN ++ PREISE ++ PERSONEN +++



Gerd Hahn, BWL-Student der KU (rechts im Bild), hat den dritten Platz bei den Logistik Masters 2006 der Fachmagazins „Logistik inside“ gewonnen. Über 700 Studierende nahmen an dem Wettbewerb teil, beim dem es 80 Fragen aus allen Bereichen der Logistik zu beantworten galt. Sowohl Hahn als auch der Zweitplatzierte erzielten 400 von 408 möglichen Punkten, so dass das Los entscheiden musste.

Prof. Dr. Alfred Bammesberger, Lehrstuhl für Englische und Vergleichende Sprachwissenschaft, wurde zum 30.9.2006 emeritiert.

Dr. Florian Bruckmann, Assistent am Lehrstuhl für Fundamentaltheologie, hat im Rahmen der Salzburger Hochschulwochen den zweiten Publikumspreis gewonnen. Bruckmann referierte zum Thema der Hochschulwoche „Gott im Kommen“.

Prof. Dr. Peter Brünger, Professur für Musikpädagogik und Musikdidaktik, ist von der Liturgiekommission der Deutschen Bischofskonferenz in eine Expertengruppe zum Thema „Kinder singen ihren Glauben“ berufen worden. Ziel ist es, die schwindende Bedeutung des Singens als eine wichtige Kommunikationsform des Menschen in kirchlichen Gruppierungen zu ergründen und Konzepte zu entwickeln.

Prof. Dr. Thomas Fischer, Lehrstuhl für Controlling und Wirtschaftsprüfung, hat einen Ruf an die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg angenommen.

Prof. Dr. Maximilian Fuchs, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Deutsches und Europäisches Arbeits- und Sozial-

recht, wurde zusammen mit anderen in- und ausländischen Wissenschaftlern als wissenschaftlicher Träger des Graduiertenzentrums der Exzellenz „The Design of Efficient Labour Market Institutions in Europe“ berufen. Das Forschungszentrum ist am Institut für Arbeitsrecht und Arbeitsbeziehungen in der Europäischen Gemeinschaft (IAAEG) an der Universität Trier angesiedelt. Dieses Graduiertenzentrum gehört zu den acht vom Bundesland Rheinland-Pfalz im Rahmen der wissenschaftlichen Spitzenförderung ausgewählten Forschungszentren. Das Graduiertenzentrum fördert besonders begabte Doktoranden der Rechts- und Wirtschaftswissenschaft. Gleichzeitig mit seiner Berufung in das Graduiertenzentrum der Exzellenz wurde Professor Fuchs vom rheinlandpfälzischen Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur zum Mitglied des Kuratoriums des IAAEG ernannt.

Prof. Dr. Joachim Genosko, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre (insbesondere Wirtschafts- und Sozialpolitik), ist von den Mitgliedern der CSU-Fraktion im Ingolstädter Stadtrat zu ihrem Vorsitzenden gewählt worden. Er wird damit Nachfolger von Georg Jehn. Genosko ist seit zehn Jahren Ingolstädter Stadtrat.

Prof. Dr. Otto Gsell, Lehrstuhl für Romanische Sprachwissenschaft, wurde zum 30.9.2006 emeritiert.

Unter Federführung von **Prof. Dr. Ingrid Hemmer**, Professur für Didaktik der Geographie, hat die Deutsche Gesellschaft für Geographie Bildungsstandards des Faches für den Mittleren Schulabschluss erarbeitet und im Mai vorgelegt. Für das Fach Geographie wurden solche Standards von der Kultusministerkonferenz bislang nicht erarbeitet. Die Geographie hat damit als erstes Fach in Deutschland auf eigene Initiative und in Kooperation mit Schule, Fachdidaktik und Fachwissenschaft nationale Standards entwickelt, die Bildungsziele und zu erwerbende Kompetenzen beschreiben.

PD Dr. Marianne Kneuer, derzeit Vertretungsprofessorin am Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre an der Universität Erfurt, ist von der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft (DGfP) als Beisitzerin in den Vorstand der DGfP gewählt worden.

Prof. Dr. Erwin Möde, Lehrstuhl für Christliche Spiritualität und Homiletik, ist auf der Delegiertenversammlung des Bayerischen Beamtenbundes als Landesvorsitzender für Hochschule und Wissenschaft wiedergewählt worden.

Prof. Dr. Thomas Schwinn, Lehrstuhl für Allgemeine Soziologie und Soziologische Theorie, hat einen Ruf an die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen abgelehnt.

Prof. Dr. Bernd Stauss, Lehrstuhl für Dienstleistungsmanagement, hat für den Artikel „Customer frustration in loyalty programs“ die Auszeichnung „Outstanding Paper“ der Zeitschrift „Internationale Journal of Service Industry Management“ erhalten. Der Text wurde gemeinsam mit Stauss' Mitarbeitern Maxie Schmidt und Andreas Schöler erstellt. Dies ist bereits der vierte „Best Paper Award“, den Stauss von einer internationalen wissenschaftlichen Zeitschrift erhalten hat.

Das Gewissen

„Das Bewusstsein eines inneren Gerichtshofes im Menschen ist das Gewissen“, schreibt der Philosoph Immanuel Kant in seiner „Metaphysik der Sitten“. Welche weiteren Sichtweisen rund um den Begriff des Gewissens Literaten, Politiker, Psychologen, Philosophen und Theologen vertreten, zeigt Professor Bernhard Sill, Moraltheologe an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt, in seinem neu erschienenen Sammelband mit dem schlichten Titel „Gewissen“. Die Publikation ist zugleich Auftakt der im Bonifatius-Verlag erscheinenden Reihe „Quellenbände zur Christlichen Ethik“. Geliefert wird darin keine fertige Abhandlung über das Gewissen, sondern – wie der von Sill gewählte Untertitel betont – „Gedanken, die zu denken geben“. Es handele sich dabei nicht nur um Stimmen aus der christlichen Ethik, sondern auch um Stimmen zur christlichen Ethik, so Sill. Dazu lässt er eine vielfältige Mischung an Autoren zu Wort kommen, darunter auch Politiker wie Edmund Stoiber und Michael Glos sowie den evangelischen Theologen Friedrich Schorlemmer, die eigens für den Quellenband Beiträge verfasst haben.

Sill, Bernhard (Hrsg.): Gewissen. Gedanken, die zu denken geben [Quellenbände zur Christlichen Ethik, Band 1]. Paderborn 2006 (Bonifatius-Verlag). 514 Seiten, 34,90 Euro.

Des Fremden Freund, des Fremden Feind

Als Thema intellektueller oder öffentlicher Auseinandersetzungen ist Fremdheit zum Allgemeingut geworden. Ihre derzeitige Hochkonjunktur verdankt sich der stark polarisierenden Wirkung, die sich in Debatten über Fremdheit als Bedrohung (Ausländerkriminalität, Terrorismus) oder aber als Bereicherung (Multikulturalismus, Internationalisierung) entfaltet. Im vorliegenden Band regen Beiträge aus sieben Disziplinen, verbunden in der Anstrengung, das Andere offen anzunehmen und Differenzen im Dialog zu überwinden, die Erkenntnis an, dass das Fremde und das Eigene nicht gänzlich voneinander abtrennbare Kategorien sind, sondern sogar im Selbst verbunden. Diese trans- und interdisziplinären Denkansätze schaffen eine Grundlage für eine reflektiertere reziproke Wahrnehmung von Fremd und Eigen, von „Freund“ und „Feind“, und bahnen den Weg zu der Erfahrung, dass vor der postulierten Normalität des Fremden die Anerkennung des Eigenbeitrags zu dem ursprünglichen Verfremdungsprozess steht.

Boatca, Manuela/Neudecker, Claudia, Rinke, Stefan (Hrsg.): Des Fremden Freund, des Fremden Feind: Fremdverstehen in Interdisziplinärer Perspektive. Münster 2006 (Waxmann Verlag), 22,90 Euro.

Lexikon der Redensarten

Redewendungen gebrauchen wir täglich, sie erleichtern die Verständigung untereinander enorm. Dem Deutschlernenden muss ihre Bedeutung erklärt werden. Der Muttersprachler wird sich manchmal fragen, woher eine Redewendung stammt, wie sie aufgebaut ist, ob es ähnliche gibt. Beide Leserkreise werden in diesem Lexikon fündig. „Mit Fug und Recht“, „Jemandem die Stange halten“, „Auf Zack sein“. Diese und andere Redensarten, insgesamt 4000, sind in diesem Buch gesammelt, alphabetisch nach Leitbegriffen geordnet und in ihrer Bedeutung und Herkunft ausführlich erläutert. Der Sprachwitz vieler Wendungen, die treffende, häufig salopp oder ironisch umschriebene Pointe machen das Buch zur amüsanten Lektüre.

4.000 deutsche Redensarten, nach Leitbegriffen geordnet. Ausführliche Erläuterung von Bedeutung, Herkunft und Anwendung.

Müller, Klaus: Lexikon der Redensarten. Herkunft und Bedeutung. München 2005 (Bassermann), 12,95 Euro.

Bilaterale Unternehmenskooperationen im Tourismus

Kultur stellt nach wie vor einen unterschätzten Faktor bei der Internationalisierung von Unternehmensaktivitäten dar. Im Rahmen dieser Studie fungieren bilateral kooperierende Tourismusunternehmen als Untersuchungsobjekte, die in vielfacher Hinsicht Globalisierung und Interkulturalität in Reinkultur verkörpern. Aus interkultureller und prozessualer Perspektive erschließt sich dem Leser die Komplexität grenzüberschreitender Unternehmenskooperationen. Dabei stehen

ausgewählte strategische Erfolgsfaktoren im Fokus, die erstmals hinsichtlich ihrer interkulturellen Dimension untersucht werden. Das Buch richtet sich an Studenten und Dozenten der Betriebswirtschaftslehre, Geographie, Tourismuswissenschaft und Interkulturellen Kommunikation sowie an Praktiker in internationalen Unternehmen.

Scherle, Nicolai: Bilaterale Unternehmenskooperationen im Tourismussektor. Wiesbaden 2006 (Gabler), 59,90 Euro.

Religion als Wahrnehmung

Religion kann als spezifischer Modus von Wirklichkeitswahrnehmung gedacht werden: Der religiöse Mensch nimmt dieselbe Wirklichkeit anders wahr als der nicht religiöse Mensch. Trifft das auch innerhalb einer Religion für deren konfessionelle Ausprägungen zu? Nehmen die verschiedenen christlichen Bekenntnisse – Anglikaner, Katholiken, Orthodoxe, Pfingstler und Protestanten – Realität in unterschiedlicher Weise wahr? Welche Konsequenzen hat dies z.B. für die religiöse Erziehung?

Groß, Engelbert: Religion als Wahrnehmung. Konzepte und Praxis in unterschiedlichen Kulturen und Kirchen. Berlin/Münster/Hamburg/London/Wien 2006 (LIT Verlag), 19,90 Euro.

Wer Sprachen spricht, hat schon gewonnen

inlingua Sprachcenter

- Gruppen- und Einzeltraining
- Firmentraining
- Übersetzungs- und Dolmetschdienst in allen Sprachen

Staatlich genehmigte Berufsfachschule für Fremdsprachenberufe e.V.

- Ausbildung zur Fremdsprachenkorrespondentin

85049 Ingolstadt
Ludwigstr. 18
Tel: 08 41-35 01 5

Besuchen Sie unsere Homepage: Es lohnt sich!

www.inlingua-ingolstadt.de

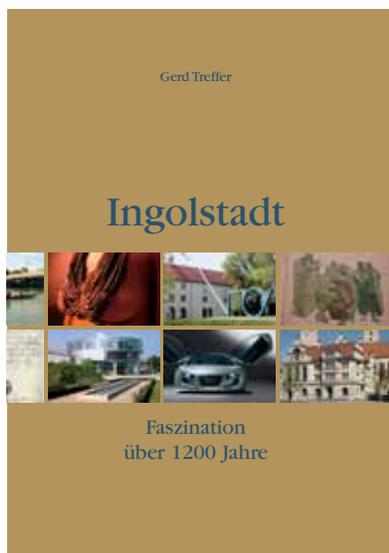


Ein Blick in Ihre Zukunft.
Mit der Sparkassen-Altersvorsorge.



Mit unseren Angeboten zur privaten und betrieblichen Altersversorgung können Sie sich unbeschwert auf morgen freuen. Dafür sorgt Ihr maßgeschneiderter Vorsorgeplan mit starken Renditen für die Zukunft. Weitere Infos in Ihrer Geschäftsstelle der Sparkasse Eichstätt.

Wenn's um Geld geht - Sparkasse



Das „goldene Buch“ der Stadt Ingolstadt zur 1200-Jahr-Feier

mit über 2000 Bildern zu 84 Themen

250000 Jahre liegen zwischen dem ältesten von Menschenhand gemachten Werkzeug, das auf dem Stadtgebiet gefunden wurde – einem Faustkeil aus Irgertsheim – und den High-Tech-Fahrzeugen, die Audi heute in Ingolstadt produziert. 806 erstmals urkundlich erwähnt, hat Ingolstadt immer eine besondere Rolle gespielt – Hauptstadt eines souveränen Fürstenhauses, 328 Jahre lang Sitz der Bayerischen Landesuniversität, Bayerische Landesfestung und Garnisonsstadt.

Verbunden ist Ingolstadt mit dem Jesuitenorden, der China-Mission, mit Marieluise Fleißer, den Jazztagen, neuem Studentenleben. Diese Stadt hat viele Gesichter, junge, alte... einige davon begegnen Ihnen in diesem Bildband.

Hardcover, 104 Seiten, € 19.80

Ja, ich bestelle _____ Exemplare

Name

Vorname

Straße

PLZ

Ort

zum Faxen **0 84 42 / 22 89**

Unterschrift

oder an Verlag Kastner, Schloßhof 2, 85283 Wolnzach, Telefon 08442/9253-0